

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Für das Ausland sind Postgebühren zu zahlen. Abonnementannahme: Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bielefeld, Hannover, Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart, München, Nürnberg, Regensburg, Prag, Wien, Pest, Budapest, Brno, Opatowitz, Pilsen, Brünn, Prag, Wien, Pest, Budapest, Brno, Opatowitz, Pilsen, Brünn.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigten Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Verordnungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Zeilen mit 20 bis 30 Buchstaben, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 9. September 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sklaverei unterm Sternenbanner.

(Von unserem New-Yorker Korrespondenten.)

Vor fünfzehn Jahren okkupierten „wir“ die Philippinen; durch ein 1902 erlassenes Gesetz übernahmen die Vereinigten Staaten die Verwaltung der fernöstlichen Inselgruppe, in deren Verfassung selbstverständlich eine Bestimmung aufgenommen wurde, die die Sklaverei und die Peonage — die gewaltsam erzwungene, unfreiwillige Dienstbarkeit, die sich von der Sklaverei dadurch unterscheidet, daß ihr Objekt (Peon) im Gegensatz zum Sklaven keinen Handelsartikel bildet — verbietet; ebenso selbstverständlich ist dies ein toter Buchstabe geblieben. Wird doch die Peonage in den Vereinigten Staaten südlich der Mason-Dixon-Linie von den Radikalführern der Sklavenbarone wie in West-Virginia und in Pennsylvania von den Fischen geliebt, ohne daß das gegen diese moderne Form der Sklaverei gerichtete Bundesgesetz bis jetzt ernsthaft zur Anwendung gebracht worden wäre.

Die Verblüffung, welche über den dieser Tage eingelaufenen Bericht des Kommissärs Worcester in den parlamentarischen, wie in den Regierungskreisen der Bundeshauptstadt Washington zur Schau getragen wird, ist denn auch nicht echt. Das Bestehen der Sklaverei und das Florieren eines ganz offen betriebenen Sklavenhandels waren schon längst „offiziell bekannt“.

Der Bundes Senator Borah von Idaho, der vor sechs Jahren durch die gehässige Vertretung der frivolen Nord- und Rotortierart erlangte, aber seit seinem Eintritt in das Bundesparlament angesichts der Radikalisierung der öffentlichen Meinung den sozialpolitischen empfindenden, entschlossenen Reformen milt, setzte am 1. Mai d. J. im Bundes Senat die Annahme einer Resolution durch, in welcher das Kriegsministerium, dem die Verwaltung der überseeischen Besitzungen unterstellt ist, zur Auskunftserteilung über Vorkommen resp. Nichtvorkommen der Sklaverei auf den Philippinen aufgefordert wurde.

Diese Auskunft liegt nunmehr in dem oben erwähnten Bericht des Ministers und Philippinenkommissärs Worcester vor. Allen eventuellen Angriffen auf seine Amtstätigkeit beugt Worcester vor mit dem Hinweis darauf, daß er das Kriegsministerium schon in den Jahren 1910 und 1912 auf die auf den Philippinen bestehende Sklaverei aufmerksam machte. So ganz gelegentlich nicht Worcester ein, daß der damalige Generalgouverneur und nachmalige Präsident Taft schon im Jahre 1908 amtlich von dem Bestehen der Sklaverei und des Sklavenhandels unterrichtet wurde, aber (was bei diesem reaktionären Sachwalter jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung nicht wundernehmen kann) nicht einmal einen Versuch unternahm, Remedium zu schaffen.

Nach der in jeder Einzelheit mit dokumentarischen Beweisen belegten Darstellung Worcesters werden auf den Philippinen neben der Peonage die Sklaverei und der Sklavenhandel ganz offen geübt. Wie früher in Afrika, so werden auf den Philippinen noch heutzutage die Sklaven auf dem Wege des Menschenraubes erlangt. Bewaffnete „Expeditionen“ bringen in die Gebiete der heidnischen Negritos, Iugosos, Manobos, Mandapas, Taghanuas und Filipinos wie der mohammedanischen Moros ein, rauben hauptsächlich Kinder, deren Eltern und erwachsene Angehörige sie niedermeyeln, und bringen sie in den christlichen Provinzen Palawan und Jhabella auf den Markt. Die Kinderzahl der jugendlichen Sklaven wird nach China verhandelt, angeblich um dort von wohlhabenden kinderlosen Ehepaaren adoptiert zu werden. Aber gleichviel ob die Sklaven nach dem heidnischen China verschifft werden, ob sie in den Provinzen Palawan und Jhabella bleiben oder ob sie nach der Hauptstadt Manila kommen; die erbarmende Nächstenliebe der christlichen Menschentrüber und der nicht minder christlichen Sklavenhändler äußert sich in der Vornahme der Taufe. Praktisches Christentum, das in erster Linie darauf bedacht ist, daß die Seelen der geraubten Sklaven ins Himmelreich eingehen, wenn die Körper unter der „liebepollen“ Behandlung frommer oder ungläubiger Sklavenhalter dem Tode verfallen!

Für jede Qualität hat die menschliche Ware einen festen Kurs. Der Preis schwankt je nach Geschlecht und Alter zwischen 40 und 300 Pesos (1 Peso = 2,10 M.); am höchsten ist er für Mädchen von beginnender Geschlechtsreife. Den Satz „Kinlein, liebet einander!“ scheinen die Frommen auf den Philippinen demnach recht sinnlich auszugleichen und zu praktizieren.

Mit dem „guten Beispiel“ gehen die Bürden der übrigen Bevölkerung voran. So wurde dem Generalgouverneur Taft (1900 bis 1913 Präsident der Vereinigten Staaten) im Jahre 1908 amtlich gemeldet, daß der Gouverneur Dichoso der Provinz Jhabella und dessen Schwiegervater Carabal eine Anzahl Sklaven hielten, die sie kurz vorher gekauft hatten. Dasselbe wurde von Silvers D. Cecilio, einem in der Philippinen-Hauptstadt Manila wohnenden Mitgliede der Assembly (gesetzgebende Körperschaft) festgestellt. Da er nicht anders konnte, ließ Taft des Scheines halber „Erhebungen“ vornehmen, wobei der Sklavenhändler Agapito sich zu seinem traurigen Handwerk bekannte und die Schuld

Dichosos wie Carabals erwiesen wurde. Taft las die Untersuchungsakten, aber er unternahm nichts.

Recht unglücklich ist die Art der Verteidigung, zu welcher die amtlichen Stellen ihre Zuflucht nehmen. Die Sklaverei wird geltend gemacht, sei allerdings in der Verfassung der Philippinen verboten; aber die Philippinen-Assembly lehne hartnäckig die in Vorschlag gebrachten Ausführungsgesetze, die erst die Strafen festsetzen, ab. Daher fehle es an einem Mittel, die Beobachtung des Verbots der Sklaverei zu erzwingen. Nun erfolgte die erste Assembly-Wahl im Jahre 1907, während das Bestehen der Sklaverei schon längst vorher bekannt war. Von 1902 bis 1907 wurden alle Gesetze für die Philippinen, soweit nicht der Verordnungsweg beschritten wurde, von dem Kongress der Vereinigten Staaten erlassen, der auch jetzt noch über die Philippinen-Assembly hinweg Gesetze beschließen kann.

Sodann ist die Assembly nur für einen Teil der Philippinen zuständig, während die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten bestellte Philippinen-Kommission über den Rest des Gebietes eine absolute Herrschaft ausübt, soweit der Kongress nicht besondere Beschlüsse faßt. Trotz alledem ist noch nichts Ernsthaftes zur Unterdrückung der Sklaverei geschehen. Dafür sind Demokraten wie Republikaner gleichmäßig verantwortlich. Zwar sind die Demokraten erst am 4. März dieses Jahres nach sechzehnjähriger Unterbrechung wieder ans Ruder gekommen. Aber trotz der Worcester'schen Berichte von 1910 und 1912 beeilte sich die neue demokratische Kriegserzetzlerin Garrison im April dieses Jahres zu beteuern, daß im Kriegsministerium von dem Bestehen der Sklaverei auf den Philippinen „nichts bekannt“ sei.

Die humanen Lebensarten, mit welchen die Vereinigten Staaten die „Befreiung Kubas und der Philippinen von dem spanischen Joch“ rechtfertigten, waren eitel Humbug. Unseren imperialistischen Kolonialenthusiasten war es lediglich ums Geschäft zu tun. Solange die Sklaverei für unsere Dividenden-schlucker vorteilhaft ist, wird sie nicht abgeschafft. Dafür reden „wir“ um so mehr und um so überzeugter von Humanität, wahren Christentum und echter Kultur.

Eine Kundgebung des Dubliner Proletariats.

London, 8. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Dubliner Proletariat hielt gestern eine Riesensammlung in der O'Connell Street ab, um zu den jüngsten Ereignissen Stellung zu nehmen. Es war ein machvoller Protest. Drei Tribünen waren in dieser breitesten Straße Großbritanniens aufgestellt worden. Außer den Delegierten des britischen Gewerkschaftskongresses sprachen noch der Sekretär der britischen Arbeiterpartei Henderson und die Parlamentarier Barnes und Roberts. Die angenommene Resolution tritt für die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit ein und verlangt eine sofortige und unabhängige öffentliche Untersuchung der polizeilichen Ausschreitungen. Die Versammlung verlief in musterhafter Ruhe und Ordnung. Die Polizei war abwesend. Ein irischer Redner kennzeichnete die Situation mit epigrammatischem Witz mit den Worten: „Vorigen Sonntag herrschte der Knüppel ohne Verstand, heute herrscht der Verstand ohne Knüppel“.

In Großbritannien fanden gestern überall Versammlungen statt, in denen gegen das Polizeiregiment in Dublin protestiert wurde. In Schottland allein wurden hundert solcher Versammlungen abgehalten.

Der Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten und die Fortschrittliche Volkspartei.

Aus Halle wird uns geschrieben:
 Um eine gewisse Minderanzahl zu gewinnen und ihre spärlichen Truppen zu vermehren, haben die Fortschrittler im vorigen Jahre in Leipzig den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten gegründet; aber so kurz auch erst dieser Verein existiert, haben sich doch schon allerlei Differenzen zwischen ihm und der Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei ergeben. Dafür erbrachte der erste Delegiertentag des Reichsvereins, der am Sonntag und Sonntag in Halle tagte, deutliche Beweise. Wohl wurde der Delegiertentag vom Vorsitzenden der Volkspartei, Abg. Wiemer, sehr väterlich begrüßt, aber schon im Geschäftsbericht, den der Schriftführer, Ingenieur Wilhelm, gab, wurde bedauert, daß die Fortschrittliche Partei es abgelehnt hat, einen Vertreter des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten in ihren Zentralausschuss aufzunehmen! Und der Berichterstatter fügte spöttisch hinzu, daß solange die Zentralausschussmitglieder auf eigene Kosten zu den Sitzungen nach Berlin fahren müssen, wohl nie ein Arbeiter in die Zentralleitung der Fortschrittlichen Volkspartei hineinkommen werde! Auch darüber, daß die Volkspartei nicht zu Arbeiterkandidaturen

bei den Parlamentswahlen zu bewegen sei, erhob der Berichterstatter nachdrücklich Beschwerde, wofür er den starken Beifall der Delegierten erntete. Er betonte ausdrücklich: Die Zentralleitung sei hieran nicht schuld, aber die Parteifreunde im Lande hätten immer noch eine Gänsehaut davor, einen Arbeiter oder Angestellten auf den Schild zu heben. So seien denn nur in aussichtslosen Wahlkreisen Kandidaten aus unserer Vorschlagsliste aufgestellt worden.

In der Diskussion wurden diese Beschwerden nachdrücklich unterstützt und aussichtsreiche Wahlkreise für die Arbeiterkandidaten verlangt. Ein Redner aus Breslau enthielt sogar die liebliche Falschheit, daß bei der letzten Landtagswahl der Vorsitzende der Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine, Goldschmidt, von den leitenden Personen absichtlich zu spät davon unterrichtet worden sei, daß er als Kandidat aufgestellt werden sollte. Inzwischen hatte er in Oberbarnim eine Kandidatur angenommen und kam daher für den aussichtsreichen Breslauer Kreis nicht mehr in Frage. Dort wurde ein selbständiger Tischlermeister dazu gedrängt, sich aufstellen zu lassen.

Ueber die Beziehungen zwischen dem Reichsverein der liberalen Arbeiter und der Fortschrittspartei berichtet auch der Klassenbericht, der nur mündlich gegeben wurde, allerlei Bemerkenswertes. In den Gesamteinnahmen von 5700 M. sind nur 1800 M. Beiträge der Ortsgruppen enthalten, 232 M. haben einige „untersüßende“ Mitglieder (Geldleute) und 200 M. Einzelmittglieder aufgebracht. Die Hauptsumme, 3000 M., hat die Parteileitung hergegeben, und 279 M. sind noch von örtlichen Parteibereinen an den Reichsverein gezahlt. Also ganze 3279 M. haben sich die Fortschrittler, die Partei der Bank- und Börsenleute, im letzten Jahre die Agitation zur Werbung liberaler Arbeiter als Mitglieder leisten lassen. Daß daraus keine besondere Wertschätzung des Arbeitervereins spricht, wird jeder, der etwas von Agitationskosten versteht, ohne weiteres zugeben. Der Erfolg war denn auch dementsprechend. In 64 Ortsgruppen zählt der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter ganze 3382 Mitglieder. Da die Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine 110 000 Mitglieder zählen, die unter liberaler Flagge segelnden Handlungsgehilfenverbände (Sitz Leipzig, Hamburg und Frankfurt) insgesamt fast 200 000 Mitglieder haben, und die Techniker, Vermeister, Eisenbahner, weibliche Angestellte usw. auch noch mit über 100 000 aufwarten, so muß man sagen, daß der Anfang des Reichsvereins recht kläglich ist! Es müssen sich ja noch nicht einmal die Funktionäre der Verbände und Gewerksvereine dem Reichsverein angeschlossen haben, ein Beweis weitgehender politischer Indifferenz und sehr geringer Opferfreudigkeit der „liberalen“ Arbeiter und Angestellten.

Aber so gering diese Opferbereitschaft auch ist, dem Führer der Liberalen, Abg. Wiemer, schien sie doch noch größer zu sein, als die des Bürgertums. „In wohlhabenden Kreisen“, so erklärte er wörtlich, „ist noch viel weniger Opferwilligkeit vorhanden.“ Und er fügte das interessante Gefändnis hinzu, daß man auch in Zukunft nicht viel für die Agitation des liberalen Arbeitervereins hergeben könne, „denn bei der Zentrale der Fortschrittspartei sind die Gelder recht knapp“. Er könne deshalb hier nichts versprechen! Die Wahlkosten verschlingen alles. Er habe unter der Hand gehört, daß die Rational Liberalen ganz erschrocken seien über die Höhe der Wahlkosten der Nachwahl in Ragnit-Piskallen. Er wisse nicht, wohin das noch führen soll.

Bezüglich der von ihnen verlangten Vertretung im Parteiaussschuss erteilte der Abg. Wiemer den Arbeiterdelegierten eine erneute runde Absage, indem er erklärte, darüber müsse erst der nächste Parteitag beraten. Trotz dieser Ausföhrungen wurden mehrere Anträge angenommen, die ausdrücklich eine weitergehende Berücksichtigung der Wünsche des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter in der Partei fordern.

Ein charakteristisches Gefändnis liberaler Schwärmelheit wurde von den gesamten leitenden Personen bei der Beratung eines Antrags auf Ausarbeitung eines kommunalpolitischen Programms abgelegt. Der Antrag wurde vom Vorstand des Reichsvereins sowie vom Abg. Wiemer bekämpft, da ein einheitliches liberales kommunalpolitisches Programm unmöglich sei; die Verhältnisse seien in den einzelnen Landesteilen zu verschiedenartig. — Das ist das offene Gefändnis der völligen Ohnmacht der fortschrittlichen Parteileitung gegenüber den reaktionären Taten, die sogenannte Fortschrittler sich fortgesetzt in den Stadterverwaltungen zu schulden kommen lassen. Die Fortschrittspartei lehnt es ausdrücklich ab, den liberalen Wahlfreudigkeitsvereinen und der reaktionären Polizeiwirtschaft so mancher auchliberaler Stadterverwaltungen einen programmatischen Damm entgegenzusetzen.

Bei solcher Art der Verhältnisse war es eine treffende liberale Selbstkritik, wenn am zweiten Verhandlungstage der württembergische Landtagsabgeordnete Fischer in seinem Reserat über die politischen und kulturellen Aufgaben des Liberalismus den Satz prägte: „Dah er nicht genug für die kleinen wirtschaftlichen Sorgen des Volkes, speziell auch der Frauen und Jugendlichen getan hat, das hat den Liberalismus lahm erscheinen lassen.“

Zum Schluß hielt der Bekannte Privatdozent Dr. Dyppeheimer den Delegierten einen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem er sein bekanntes Stückenpferd ritt und nachzuweisen suchte, daß der Großgrundbesitz die ganze Schuld am sozialen Elend trägt. Sei erst einmal der Großgrundbesitz aufgeteilt, dann habe man den liberalen Zukunftsstaat. Er fand auch sehr radikale Worte der Kritik gegen das heutige soziale Elend und begrüßte die Tagung der liberalen Arbeiter, da er von diesen erhofft, daß sie das faul und feig gewordene Bürgertum vorwärts drängen werden.

Die radikalen Töne Oppenheims fielen den anwesenden Abgeordneten sehr auf die Nerven. Keiner von ihnen äußerte sich dazu. Sie wollten sich nicht vorwärts drängen lassen. Daß die liberalen Arbeiter in dieser Hinsicht bei ihrer auch liberalen Parteiführung nicht viel Glück haben werden, ist selbstverständlich. Und sollten sie wirklich einmal gar zu stürmisch werden, dann wird man ihnen die Elemente ganz entziehen.

Feinde der Massenheere.

Uns wird geschrieben: Die interessanten Ausführungen Ihrer Artikelserie „Ein Feind der Massenheere“ veranlassen mich, Ihre Aufmerksamkeit auf zwei weitere Feinde der Massenheere zu lenken, die zwar beide schon tot, deren Autorität auf dem Gebiete des Militarismus aber kaum bezweifelt werden dürfte.

Als die Rüstungsstreiber anfangs der neunziger Jahre des verflorenen Jahrhunderts wieder einmal die Schlagfertigkeit des deutschen Heeres anzweifeln, hielt Herr v. Caprivi am 27. November 1891 im Reichstage eine Rede als Antwort auf diese Heze, indem er ausführte:

„Man hat in der Welt sich jetzt vielfach gewöhnt, Armeen nach ihrer Zahl einzuschätzen. Das ist auch wieder für Zeitungs-schreiber und Leser ein bequemes Mittel. Es rechnet da einer vor: die Franzosen haben 540000 Mann und Ihr habt 450000 Mann, folglich seid Ihr schwächer als die Franzosen, folglich beunruhigt Euch.“ (Heiterkeit.) „So liegt die Sache nun doch nicht. Für die Leistungen einer Armee wird im Anfang eines Krieges immer die Qualität und nachher erst die Quantität der Truppe das Entscheidende sein. Und erst wenn der Krieg zur Verteidigung des eigenen Bodens in die Länge gezogen wird, dann wird auch die Quantität der Truppe nach und nach zur Geltung kommen. Ich glaube nicht, daß unter den lebenden Heerführern einer da ist, der imstande wäre, diese Massen, mit denen zu rechnen man sich jetzt gewöhnt hat, zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamem Schutze zu bringen. Das ist bei solchen Zahlen ausgeschlossen. Es hat also diese Zahl an sich, selbst wenn sie aus lauter guten Soldaten zusammengesetzt wäre, ihr Bedenkliches. Es ist also dieses Rechnen mit den Zahlen nicht ganz unbedenklich, und man empfindet das nicht bloß bei uns, sondern auch in Frankreich. Man hat den Ausdruck dafür gefunden: la rage des nombres, die Zahlenwut. Ich meine also, wenn ein deutscher Zeitungsleser nun in seinem Leitblatt liest, daß an anderen Stellen mehr Soldaten aufgebracht werden, so hat er keinen Grund sich zu beunruhigen.“

Diese sehr vernünftigen Ausführungen des Reichskanzlers und Infanteriegenerals haben ihn natürlich nicht gehindert, anderthalb Jahre später eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 84000 Mann zu verlangen.

Eine andere Persönlichkeit, die auch heute noch bei allen Vaterlandspatrioten in hohem Ansehen steht, der Großvater Wilhelm II. hat 1867 als Prinz von Preußen seine militärpolitischen Ansichten in einer Denkschrift zusammengefaßt, worin folgender Ausspruch vorkommt:

„Allerdings hört man oft den Ausspruch, eigentlich müßten alle Waffenfähigen ausgebildet werden. Doch niemand scheint die notwendige Konsequenzen dieses Satzes in seine Berechnungen gezogen zu haben. Nämlich wie stark müßte die Armee werden, und welche enormen, dem Lande geradezu unerschwinglichen Kosten man hätte sie machen, wenn alle Waffenfähigen auch eingestellt würden!“

Was würde dieser Nationalheilige wohl heute sagen? Und noch eines ist interessant. Die Zitate sind einem Wahlbüchlein entnommen, das von Eugen Richter verfaßt, 1893 erschien. Zwanzig Jahre später haben die Erben Richters die ungeheuerliche Wehrvorlage der Regierung ohne Befinnen und Bedenken apporziert. Fortschrittliche Entwicklung?

Preußischer Wohnungsgesetzentwurf und Städtetag.

Mit dem Wohnungsgesetzentwurf wird sich ein außerordentlicher preußischer Städtetag, der Anfang Oktober in Breslau zusammentritt, beschäftigen. Daß der Entwurf, ebenso wie der vom Jahre 1904, in den Kreisen der Städtevertreter lebhaften Bedenken begegnet, ergibt sich aus der vom Vorstande des Städtetages bearbeiteten Denkschrift, die es zwar dankbar begrüßt, daß die Regierung durch Vorlegung des Entwurfs ihre Fürsorge für das wichtige Gebiet des Wohnungswesens betätigt hat, aber so zahlreiche Einwendungen erhebt, daß man wohl nicht feil geht in der Annahme, daß ein Scheitern des Gesetzes den Magistratsvertretern nicht gerade unangenehm wäre.

Die Denkschrift wendet sich zunächst gegen das Bestreben der Regierung, wichtige Rechte der Städte durch staatspolizeiliche Zuständigkeiten zu erfassen. Es wird darauf hingewiesen, wie manche Städte gerade in der Bodenpolitik, die von der Wohnungspolitik untrennbar ist, vor unlöslichen Schwierigkeiten stehen. Die Schuld daran trägt nicht die einzelne Stadt, die in Notwehr handle, weil sie gegenüber dem wirklichen Stand der Entwicklung ein künstlicher Ausschnitt aus einer Wirtschaftseinheit sei, sondern der Staat, der dem Streben der Gemeinden, diesem Zustand abzuhelfen, hinderlich sei. Auch der neue Entwurf ändere daran nichts, er lasse die Städte in ihrer Entwicklung eingeklinkt, nehme ihnen aber ihre bisherige Zuständigkeit und stelle ihre ganze Wohnungspolitik unter polizeiliche Leitung. Zur Begründung führt der Entwurf aus, auf die rechtliche Möglichkeit für die Staatsbehörden, die Festsetzung geeigneter Baupläne zu erzwingen, könne nicht verzichtet werden mit Rücksicht auf den den Hausbesitzern in den Gemeindevertretungen eingeräumten Einfluß. Mit Recht nennt die Denkschrift diese Begründung eine verwirrende Schlussfolgerung und fügt hinzu: „Wenn die gesetzgebenden Organe meinen, daß das Hausbesitzerprivileg schädlich wirkt, dann ergibt sich für sie als logischer Schluss der Vorschlag, dieses Privileg aufzuheben oder abzuändern, nicht aber der Vorschlag, dieses Privileg zu belassen und wegen des Privilegs die Zuständigkeit der Stadt einzuschränken.“ Ganz unserer Meinung, nur hätten wir gewünscht, daß der Vorstand des Städtetages die Konsequenz gezogen und mit Rücksicht auf die tatsächlich vorliegende schädliche Wirkung des Hausbesitzerprivilegs neben seinen anderen Änderungsansprüchen auch den auf Beseitigung dieses durch nichts begründeten Vorrechts gemacht hätte.

Einverstanden sind wir mit dem Vorstand des Städtetages in der Forderung der grundsätzlichen Übertragung der Baupolizei und der Wohnungspolizei auf städtische Organe. Dagegen können wir ihm darin nicht beipflichten, daß die Städte es seit 1904, seitdem der erste preußische Wohnungsgesetzentwurf mit durch ihren Widerspruch zu Fall kam, an Vermählungen im Gebiet der Wohnungsfrage nicht haben fehlen lassen. Gewiß ist hier und da — meist auf Drängen sozialdemokratischer Gemeindevertreter —

das eine oder andere geschehen, aber wieviel Städte sind es denn, die durch Förderung des Realcredits, durch Erleichterungen für den Kleintwohnungsbau, durch Einführung von Wohnungsinspektionen, durch Aufstellung vernünftiger Baupläne, durch Verkehrsverbesserungen und ähnliche Maßnahmen das Wohnungswesen zu mildern sich bemüht haben, ganz zu schweigen von weitergehenden Maßnahmen, die in der Betreibung einer von sozialen Grundfragen geleiteten Bodenpolitik oder in der Erstellung von Wohnungen für den minderbemittelten Teil der Bevölkerung zu erblicken sind? Wenn der Vorstand des Städtetages an die in Aussicht genommene Bearbeitung des bezüglichen Materials geht, dann wird er selbst sehen, wie herzlich wenig geschehen ist und wie ungeheuer viel zu tun noch übrig bleibt.

Im einzelnen enthält die Denkschrift manche Vorschläge, deren Verwirklichung eine Verbesserung des Wohnungsgesetzentwurfs bedeuten würden, die aber wohl gerade deshalb wenig Aussicht auf Annahme haben dürften. Auf sie alle einzugehen, würde zu weit führen. Es handelt sich im wesentlichen um Vorschläge, die darauf hinauslaufen, die Rechte der Städte unangefastet zu lassen. Soweit es sich dabei um unangebrachte Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht handelt, stehen wir auf Seiten der Verfasser der Denkschrift, so z. B. bei dem Bestreben, zu verhindern, daß die Wohnungsämter aus der städtischen Kommissarverwaltung herausgehoben und der Wohnungsaufsicht der Charakter einer polizeilichen Einrichtung gegeben werden soll. Andererseits können wir den Widerstand des Vorstandes des Städtetages gegen die Absicht, den Städten das Recht zum Verbot an nicht fertig hergestellten Straßen zu nehmen, nicht begreifen. Tatsächlich ist mit diesem Recht Mißbrauch getrieben, tatsächlich haben manche Städte auf Grund dieses Rechts die Herstellung neuer Wohnungen verhindert oder erschwert in dem Bestreben, nur besonders steuerkräftige Mieter heranzuziehen. Die Denkschrift gibt das ja auch zu, nur behauptet sie, daß die Fälle nicht zahlreich sind und sich ausschließlich auf solche Städte beschränken, die in Notwehr handeln, weil sie nur noch einen künstlichen Ausschnitt einer Wirtschaftseinheit darstellen. Die Denkschrift exemplifiziert auf Berlin und fügt hinzu: „Wenn einzelne Berliner Vorortgemeinden nicht dafür sorgen, daß sie auch kräftige Steuerzahler bekommen, so müssen sie finanziell einfach zusammenbrechen.“ An sich ist dieser Satz richtig, nur darf man, wenn man Wandel schaffen will, nicht am verkehrten Ende anfangen. Man sorge, wie es von sozialdemokratischer Seite von jeher betont ist, für die Schaffung eines einheitlichen kommunalen Gebildes Groß-Berlin, sei es durch Eingemeindungen großer Stills, sei es durch Erweiterung der Zuständigkeiten des Zweckverbandes. Nicht aber behalte man eine gesetzliche Bestimmung bei, die die Gemeinden veranlaßt, einen wilden Konkurrenzkampf zum Schaden ihrer Bürger gegeneinander zu führen.

Politische Uebersicht.

Alldeutscher Verbandstag.

Die Alldeutschen tagten am Sonnabend und Sonntag in Breslau. Hauptredner waren natürlich wieder die Claf, Reim und Liebert. Herr Claf konstatierte das kostspielige Fiasko der österreichischen Balkanpolitik, deren Folgen die Deutschen haben und drüben durch vermehrte Rüstungen tragen müssen. Aber die österreichischen Deutschbürgerlichen waren ja die begeisterten Stützen dieser Politik! Dann verlangte Herr Claf, daß die deutschen Rüstungen endlich verwendet werden, um auf England loszuschlagen. Die Verbesserung des Verhältnisses zu England ist ihm ein Reinsfall der Regierung, und der Landhunger müsse die energische Tat gebären. — Der Redegeneral und vollkräftige Pensionsempfänger Reim machte dem deutschen Volk die angenehme Mitteilung, daß die neueste Heeresvorlage eben nur eine, aber lange nicht die letzte Rüstungsvermehrung ist, denn Frankreich rüste, Rußland auch. Dann verlangte Herr Reim Militarisierung der Jugend und der Reservisten.

Zur Welfenfrage forderte man den absoluten Verzicht der Cumberlander und Rathenower auf Hannover als Vorbedingung der Thronkandidatur in Braunschweig und reichsgesetzliche Regelung der Thronfolge in allen Bundesstaaten. (Ein Reichsgesetz, das besagen würde: „Auf die jetzigen Throninhaber folgt kein anderer mehr!“ wäre die beste Lösung.)

Ferner protestierte man gegen den Skandal der Fremdenlegion, und hier forderte ein Farrer Reu-Hamburg-Wildung einer deutschen Kolonial-Soldtruppe, damit sich die deutsche Abenteuerlust wenigstens als Kulturdünger für deutsches Kapital national betätigen kann!

Den Hauptgegenstand der Beratung bildete das Thema: „Die polnischen Fortschritte und der Abbau der preussischen Polenpolitik.“

Der Farrer Friedland aus Bromberg referierte darüber. Er erzählte, der Balkankrieg hätte die polnischen Hoffnungen auf Wiederaufrichtung des Polenreichs bis ins maßlose gesteigert. Unter dem Segnungen preussischer Kultur habe das einst so verkommene polnische Volk große Fortschritte gemacht. Sowohl in der Landwirtschaft, wie in Industrie und Gewerbe verdrängten die Polen die Deutschen. In den früher vorhandenen 24 Parzellierungsbanken seien sieben neue hinzugekommen. Durch polnische Pressebureauks würden die französischen, italienischen und englischen Zeitungen mit deutschfeindlichen Artikeln versorgt. Leider ließe das Verhalten der preussischen Staatsregierung in den letzten Jahren den Schluss zu, als solle die gesamte preussische Polenpolitik allmählich abgebaut werden. Die Anstellungstätigkeit versumpte, 1912 seien nur 61 neue Bauernstellen geschaffen worden, während jährlich eintausendfünfhundert Reuliedlungen erforderlich seien, damit die Vermehrung der deutschen Bevölkerung auch nur Schritt halte mit der polnischen Bevölkerungszunahme. Die Verantwortung für all das trage der Reichskanzler, dessen einst dem Ostmarkenverein so manneskühn zugesprochenes „Nunquam retrorsum“ heut die Bedeutung: „Niemand zurück zum Bismarck-Wilowkurs“ erhalten zu haben scheine. Aber auch der Landwirtschaftsminister und der neue Oberpräsident der Provinz Posen seien an der neuen Veröcherungssära schuld, die noch trauriger enden werde als die Kera Caprivi.

Nach langer Erörterung wurde folgende Entschlieung gefaßt:

Der Alldeutsche Verbandstag fordert von der preussischen Staatsregierung die Rückkehr zu der bewährten Bismarck-Wilowkursen Ostmarkenpolitik. Die Lösung der Nationalitätenfrage im Sinne des Deutschthums innerhalb der Ostmark ist nur möglich, wenn 1. durch eine ausgedehnte Bauernansiedelung die deutsche Unterschicht auf dem Lande vergrößert und damit auch dem städtischen Deutschthum eine festere und breitere Grundlage gegeben wird; 2. durch das endlich zur Verabschiedung zu bringende Parzellierungsgesetz der Vermehrung des polnischen Kleingrundbesitzes ein Riegel vorgeschoben wird; 3. das Enteignungsgesetz vom Jahre 1908 in wirklicher Weise zur Anwendung gebracht wird, damit der Anstiedelungskommission durch Enteignung polnischer Großgrundbesitzer für längere Zeit genügender Landvorrat zur Restbedelung bereitgestellt wird.

In seiner Schlussrede feierte der Vorsitzende Rechtsanwalt Claf-Mainz die Verdienste Preußens um die staatliche Zusammenfassung des deutschen Volkes. Das Schicksal aller Deutschen auf der Erde sei mit dem des Deutschen Reichs untrennbar verbunden, das Deutsche Reich aber ruhe auf Preußens Macht.

und Gesundheit. Gerade die nichtpreussischen Teilnehmer des Alldeutschen Verbandstages sind sich klar, daß von der inneren Gesundheit des preussischen Staates das Schicksal der deutschen Zukunft im wesentlichen abhängt. Der Redner schloß mit dem Ruf: „Es lebe Preußen!“

Zum Wahlrechtsdraub in Altona

wird uns in Ergänzung unserer Mitteilungen vom Sonntag geschrieben:

Außer Einführung der Bezirkswahlen verlangt der Altonaer Magistrat eine Vermehrung der Stadtverordnetenmandate von 35 auf 42. Mit Ablauf jeden Jahres sollen sieben Stadtverordnete ausscheiden. Danach tritt also erst nach sechs Jahren eine vollständige Erneuerung des Stadtverordnetenkollegiums ein.

Eine genauere Betrachtung der Bezirksenteilung zeigt, mit wie außerordentlich großem Raffinement der Magistrat die Wahlkreisgeometrie vorgenommen hat. Um die sozialdemokratische Mehrheit ins Hintertreffen zu bringen, hat man zwei Bezirke aus reinen Arbeitervierteln zusammengesetzt. Die übrigen drei Bezirke wurden nach geschaltet, daß die Bürgerviertel und die Wohnquartiere des „besseren“ Bürgertums immer gerade die Arbeiterviertel überwiegen. Legt man die Resultate der Stadtverordnetenwahl vom Jahre 1912 zugrunde, so würden die Bürgerlichen mit einer durchschnittlichen Mehrheit von 600 Stimmen drei Bezirke gewinnen, die Sozialdemokraten mit einer durchschnittlichen Mehrheit von 1200 Stimmen zwei Bezirke. Und das, trotzdem die Sozialdemokraten im vorigen Jahre, wo die Stadt einen Wahlbezirk bildete, einen Gesamt-Stimmenüberschuß von 800 Stimmen hatte!

Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist es, die den Magistrat und die kommunalen Vereine von Altona-Diensten zu diesem infamen Rechtsdraub getrieben hat. Ganz offen wird das zugestanden. Der Rechtsdraub ist um so empörender, als ohne ihn durch den jetzigen Zensus von 1200 W. schon über 2000 Arbeiter vom Kommunalwahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Erbitterung unter der Arbeiterchaft Altonas ist außerordentlich groß. Sie wird der Magistrat lehren, daß auch seine reaktionäre Politik möge sie mit noch so raffinierten Mitteln getrieben werden, einmal ein Ende haben muß.

Verhärfung der Kontrollversammlungen.

Im Anschluß an das grausame Erfurter Reservisten-Urteil ist in vielen Blättern die Forderung erhoben worden, mit der zwecklosen Unterstellung der Kontrollpflichtigen unter die Militärgerichtsbarkeit während des ganzen Kontrollurlaubes Schluss zu machen. Diese vernünftige Reform ist den Militaristen ein Dorn im Auge, da man aber die Unzulänglichkeiten des bisherigen Systems nicht leugnen kann, schlägt die „Schief. Zeitung“ vor, die Kontrollpflichtigen den ganzen Tag mit militärischen Dingen zu beschäftigen. Sie sollen soldatische Übungen machen, militärische Vorträge anhören und in ihrem Wirtschaftsbetrieb militärisch kontrolliert werden. Das sei eine Folge der Vermehrung der Wehr- und Kontrollpflichtigen und der beste Schutz gegen die jegliche Abschwächung des militärischen Geistes.

Die Militärverwaltung soll es nur mit diesen Vorschlägen versuchen, die Sozialdemokratie kann sich gar nichts Besseres wünschen.

Der Seelenmord des Militarismus.

Das Bluturteil von Erfurt, das auch in seiner gemilderten Form noch immer furchtbar ist, hat eine bestimmte Seite des Militarismus beleuchtet, die uns nie aus den Gedanken kommen darf. Was für einen Sinn sollte es wohl haben, Volksgenossen, die dem Militärdienst längst entwachsen sind, am Tage der Kontrollversammlung unter die barbarische Härte der Militärgerichte zu stellen, wenn nicht eben den, die slavische Unterwürfigkeit des Heeres so weit wie möglich auf das ganze Volk zu übertragen. Demselben Zweck dienen die „Kriegervereine“, die den sogenannten „militärischen Geist“ pflegen wollen, und im übrigen wird durch Militärhochzeit in frühlicher Weise nachgeholfen, wenn einmal ein Gemeinbetreibender auffässig sein sollte.

Die wirtschaftlichen Opfer, die der Militarismus dem Volke auferlegt, sind ungeheuerlich. Es ist aber immer noch die Frage, ob die Opfer an Blut und Seele, die er alljährlich frist, nicht eben so schlimm sind.

Die preussischen Junker möchten am liebsten das ganze Deutschland in einen großen Kasernehof verwandeln, auf dem das Volk von ihren Söhnen angequartiert wird. Da das aber immerhin nicht geht, wird die militärische Slaverie bei jeder nur möglichen Gelegenheit auf das Volk ausgedehnt und vor allem wird dem Soldaten selber jede freie Regung der Seele gemordet.

Wenn man überlegt, daß früher die dreijährige Dienstzeit allgemein war und daß sie heute noch bei bestimmten Truppengattungen besteht; wenn man ferner überlegt, daß die Söhne des Volkes in einer sehr entwicklungsfähigen Jugend vom Heere aufgenommen werden, schaudert man vor dem organisierten Seelenmord zurück, der hier Jahr für Jahr an der nationalen Jugend begangen wird. Nicht einmal das ursprüngliche aller Rechte, das ganz von selber überall in der Schöpfung gilt und das von einem bürgerlichen Gericht auch dem vollkommensten Menschen nicht abgesprochen werden könnte — nicht einmal das Naturrecht der Notwehr wird dem gemeinen Soldaten gelassen. Wenn er von einem sabotischen Unteroffizier mißhandelt wird, hat er keineswegs das Recht, den Wurken mit der Klinge niederzuschlagen, sondern muß sich zunächst mißhandeln lassen. Damit ist ihm allerdings der letzte Rest der menschlichen Würde genommen. Man kann die Rechtslosigkeit gar nicht schärfer zum Prinzip erheben, als indem man dem Soldaten das Recht der Notwehr nimmt, das von jedem Tier als unmittelbar vorhanden empfunden und ausgeübt wird.

Nach der Militärdienstzeit aber wird der Soldat in eine „bürgerliche“ Welt entlassen, die von einer mit seinen militärischen Vorgefegten unvervetterten feudalen Bureaucratie beherrscht wird und in der sein militärisches Abhängigkeitsgefühl immer wieder aufgeschrikt wird. Vielleicht nicht die gefährlichste, wohl aber eine der aufreizendsten Auftrichtungen dieses Abhängigkeitsgefühls sehen wir in der Tatsache, daß man es wagt, den deutschen Bürger am Tage der Kontrollversammlungen unter die Militärgerichte zu stellen.

Der Schrei nach dem Zuchthausgesetz.

Die „Kreuz-Zeitung“ kommt in ihrem sonntäglichen Wochenrückblick zu scharfen Angriffen auf die Nationalliberalen, weil sie sich noch immer nicht entschließen wollen, ihre Zustimmung zu einem Gesetze zu geben, das den sogenannten „Schutz der Arbeitwilligen“ bezwecken soll. Das konservative Blatt stellt dieses Bestreben in Parallele mit der Abänderung des Militärstrafgesetzbuches und führt dazu aus:

Dort war die Reichstagsmehrheit sofort zur Hand, um ein paar Radaumacher vor allzu harter Strafe zu schützen, hier ist man nicht für Wohnstätten gegen ein soziales Uebel zu haben, unter dem ganze Verfassungen seit Jahren auf schwerste seufzen. Dort freilich ging man mit der Sozialdemokratie Arm in Arm, hier haben die sozialdemokratischen Phrasen die Stirn zu bieten. Wir haben gesehen, daß früher auch der Reichskanzler ein Arbeitwilligenchutzgesetz mit der Begründung abgelehnt hat, daß er ein Gegner von Ausnahmengesetzen sei. Inzwischen hat er die Begierde gegen Ausnahmengesetze verleugnet und wir glauben, daß jeder praktische Staatsmann in dieser Richtung umlernen würde. Die grundsätzliche Begierde gegen „Ausnahmengesetze“

erscheint uns genau so doktrinär und unpraktisch, wie etwa der Standpunkt von Heilfürstern, die jede ärztliche Behandlung einer Krankheit ablehnen wollten mit der Begründung, sie sei aus dem ungesunden Zustand des ganzen Körpers entstanden, deshalb dürfe man ihr auch nur durch Behandlung des ganzen Körpers zu Hilfe gehen.

Die Konservativen werden ihren Zuchthausgesetzentwurf im Reichstag natürlich wieder einbringen und man darf gespannt darauf sein, ob die konservative Erziehungspolitik an den National Liberalen in der Tat Früchte gezeitigt hat. Bis jetzt haben sich nur 10 national-liberale Reichstagsabgeordnete für ein Zuchthausgesetz ausgesprochen, der Rest hat gegen den konservativen Antrag gestimmt.

Die katholischen Gesellenvereine,

die in diesem Jahre überall den 100. Geburtstag ihres Stifters Adolf Kolping feiern, veröffentlichen soeben das Ergebnis der am 31. Dezember 1912 aufgenommenen Verbandsstatistik. Die Gesellenvereine betreiben keinerlei gewerkschaftliche Tätigkeit, sondern beschränken sich lediglich auf die Aufgaben, mit denen der Merkantilismus die sozialen Fragen zu lösen trachtete, ehe ihn die freie Arbeiterbewegung zur Gründung christlicher Gewerkschaften zwang. Die Haupttätigkeit der katholischen Gesellenvereine erstreckt sich mithin auf religiöse Festigung und Schulung, Fortbildung, Unterweisung, Sparlassen und Unterstützungswesen, neuerdings auch Körperpflege, und vor allem die Errichtung von Gesellenheimen.

Die Zahl der dem Verbands angeschlossenen Vereine betrug Ende 1912 1239 (1910: 1221), die Zahl der aktiven Mitglieder 84 021 (1910: 79 342), die Zahl der außerordentlichen 137 041. Gegen 1908 ist das eine Zunahme von 77 Vereinen, 10 513 aktiven und 16 601 außerordentlichen Mitgliedern. Die Vereine erstrecken sich auf Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, Holland, Nordamerika usw. Von den aktiven Mitgliedern waren 30 Proz. 17 bis 19 Jahre und 63 Proz. 20 bis 25 Jahre alt.

Den Größtlichen Gewerkschaften gehörten 20 851 oder 24,2 Proz. der Mitglieder an. Der Verband besitzt jetzt 408 eigene Häuser im Werte von 31 Millionen Mark. Das ist seine stärkste Zuziehungskraft. Wohnen doch in diesen Häusern im vergangenen Jahre nicht weniger als 6486 Mitglieder und in 85 997 Zellen wurde unentgeltliches Nachtquartier erteilt.

Die Balkanfragen.

Eröffnung der bulgarisch-türkischen Verhandlungen.

Konstantinopel, 8. September. Die Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien sind eröffnet worden.

Die Muselmanen von Gümüldschina haben sich für unabhängig erklärt und eine provisorische Regierung eingesetzt.

Norwegen.

Handelspolitische Regierungsschmerzen. — Eine neue Resolution gegen deutsche Schiffer.

Die handelspolitischen Fragen scheinen in Norwegen einen baldigen Konflikt in der Regierungspartei herbeiführen zu sollen. Der Premierminister Knudsen ist Anhänger eines Schutzsystems, das gewissermaßen als Erziehungssystem genannt werden kann, und er hat sowohl in der Regierung als in der liberalen Partei überhaupt viele Anhänger. Ein entschiedener Gegner der Schutzölle ist jedoch der Handelsminister Castberg, der soeben die Gelegenheit benützt hat, gegen die schutzölkolonischen Tendenzen im Liberalismus vorzugehen.

Es handelt sich dabei zunächst um die Frage eines Zuckergolles. Bisher importiert Norwegen seinen Zucker zollfrei, eine einheimische Zuckerindustrie größeren Umfangs ist aus dem Grunde schon nicht vorhanden, weil bisher keine Zuckerrüben angebaut worden sind. Nun hat man aber durch Experimente festgestellt, daß an der Südküste Norwegens der Rübenanbau möglich ist, und daß der Zuckergehalt der Rüben hier den in Dänemark und Schweden angebaute gleichwertig ist. Die Interessenten fordern nun die Einführung eines Schutzolles, um eine eigene Zuckerindustrie sicherzustellen. Und bei einem Teile der Regierung findet diese Forderung Sympathie.

Neben den übrigen Freihändlern ist auch der Handelsminister und die ihm nahestehenden Kreise gegen den geplanten Zuckergoll. Der Kreis der fiskalpolitischen Interessenten ist so klein, wie da erklärt, daß man überhaupt den Zucker für die Gesamtbevölkerung nicht verteuern dürfe. Und überhaupt dürfe zu der übrigen Teuerung nicht noch eine Preisverhöhung des Zuckers treten, die unbedingt aus dem Zoll sich ergeben würde.

Die Entwidlung der Angelegenheit bietet nicht nur vom handelspolitischen Standpunkte Interesse, vielmehr wird sie eine Belastungsprobe für den regierenden Liberalismus werden. Die wirtschaftlichen Interessen der Wählermassen dieser Partei sind zu sehr divergierend, als daß sie durch das Schönheitspflaster liberaler Programmatische auf die Dauer zusammengehalten werden könnten.

Eine neue Resolution gegen Deutschland wird zurzeit zu erzeugen versucht, wobei das recht unpassende Verhalten eines deutschen Fischdampfers den Anlaß gibt. Im Schlei bei Bardö wurden am 1. September zwei deutsche Fischdampfer innerhalb der norwegischen Territorialgrenze fischend angetroffen. Als die Behörden aufmerksam wurden und zur Feststellung der Eindringlinge schreiten wollten, verschwand der eine in die See hinaus, während der andere, ein Dampfer „Caroline Arne“ aus Westmünde, den Beamten den Zutritt zum Dampfer mit Gewalt verweigerte. Der Kapitän soll gar mit dem Revolver in der Hand auf der Kommandobrücke gestanden haben, während die Mannschaft am Relling mit Knüppel ausgerüstet war.

Darob ist nun große Entrüstung in einem Teile der norwegischen Presse. Selbstverständlich wird das Verhalten des betreffenden Fischdampferkapitäns auch in Deutschland allgemein verurteilt werden, falls es sich wirklich so verhält, wie die Presse es darstellt. Die Reichsregierung sollte nicht säumen, den Schuldigen sofort zur Rechenschaft zu ziehen. Eine diplomatische Aktion in der Angelegenheit wird übrigens in der norwegischen Presse angekündigt.

Japan.

Die Agitation gegen China.

Tokio, 8. September. Gestern Abend begab sich eine große Menschenmenge vor das Haus des Ministers des Aeußeren, um wegen der Vorgänge in Ranking Kundgebungen zu veranstalten. Der Minister war nicht zu Hause und die Behörden ließen die Manifestanten gewähren. Die Kundgebungen dauerten die ganze Nacht hindurch an.

Die Aktion der Regierung.

Tokio, 8. September. „Daily Mail“ meldet aus Tokio: Die Regierung teilt mit, daß sie gegenwärtig die Bedingungen festsetzt, die China wegen der Tötung von Japanern in Ranking auferlegt werden sollen.

Die „Times“ meldet aus Peking: Die japanische Aktion hat sich bisher darauf beschränkt, der chinesischen Regierung die Tatsachen zur Kenntnis zu bringen und ihre Ruchtheit auf

den ernüchterten Charakter der Vorkommnisse zu lenken. Die japanische Gesandtschaft wartet gegenwärtig Instruktionen ab, um dann Vorstellungen zu erheben, die, wie man annimmt, der Art sein werden, daß sie die öffentliche Meinung in Japan befriedigen.

Südafrika.

Wohnungsverhältnisse im Goldlande.

London, 7. September. (Eig. Ber.) Ein amtlicher Bericht aus Johannesburg besagt, daß enge Gänge existieren, in welche die Türen schmaler Einzelräume münden, die mit 20 M. pro Woche vermietet sind. In ihnen wohnen unterschiedslos Weiße, Neger, Chinesen, Indier. Weiße Frauen führen in diesen Behausungen ein Leben der abhängigen Schande, preisgegebenen Weiben und Farbigen. Oft wohnen zehn Personen in einem solchen Räume. Die Kinder der Weißen wachsen in dieser Pestatmosphäre auf und man kann begreifen, zu welcher einer Klasse von Bürgern sie werden. Die Behörden haben nur die Befugnis, solche Behausungen zu schließen, wenn ein Oberbeamter sich persönlich von der Ungeeignetheit derselben für Wohnzwecke in sittlicher und sanitärer Beziehung überzeugt. Nichts geschieht indessen, da man nicht weiß, wohin mit den ausziehenden Bewohnern. Die Bourgeoisie macht Unsummen an Profit aus diesen Höhlen.

Aus der Partei.

Der 24. Vortag der Sozialdemokratie der Pfalz

tagte am 6. und 7. September in Pirmasens. Anwesend waren 135 Delegierte aus 89 Orten. Dem gedruckten vorliegenden Berichte ist zu entnehmen, daß auch in der Pfalz eine gewisse Stagnation in der Mitgliederbewegung eingetreten ist. Gegen das Vorjahr hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 142, die der weiblichen um über 224 abgenommen. Der Stand am 31. März war 10 579 männliche und 998 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Ortsgruppen betrug 136. Dessenhalb Versammlungen wurden 288 abgehalten, darunter 22 Frauenversammlungen, Mitgliederversammlungen fanden insgesamt 1028 statt. Flugblätter wurden in einer Gesamtauflage von 690 000 Exemplaren verteilt. — Gute Fortschritte zeigen auch die Berichte des Bezirksbildungsausschusses und des Bezirksjugendausschusses. Der bayerische Volkskalender „Armer Konrad“ wurde in 20 363 Exemplaren verteilt. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 40 807 Mark 71 Pfennig.

Der mündliche Bericht der beiden Parteisekretäre sowie die Diskussion über Presse und Geschäftsbericht waren recht gründlicher Natur und ergaben als praktisches Resultat die Annahme einer Resolution, die den Parteigenossen zur Pflicht macht, noch mehr als bisher für die Vorwärtsentwicklung unserer Organisation einzutreten; ebenso soll die Agitation für die Presse in energischerer Form betrieben werden.

Genosse Reichstagsabgeordneter Hoffmann-Kaiserlautern referierte über das Thema „Militarismus und Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage“. Er ließ noch einmal die Vorgänge im Reichstage Revue passieren und beleuchtete die Gründe, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu ihrer Stellung in der Dedungsfrage bewogen haben. Eine Diskussion über diesen Punkt fand nicht statt. — Erwähnenswert sind noch die Begründungsworte des Genossen Koll Müller-München, die dieser als Vertreter des bayerischen Landesvorstandes sprach. Er verwies auf den Ausbau unserer Presse, dem leider vom Parteivorstande nicht die erforderliche Beachtung geschenkt werde; hier müsse eine gründliche Wendung zum Besseren eintreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßprozeß.

Wegen angeblicher Verleumdung eines Lehrers wurde der verantwortliche Redakteur des Zeiger „Volksboten“, Genosse Blechschmidt, zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Für den abwesenden Amtsanwalt amtierte ein Polizeisekretär, der freilich drei Monate Gefängnis beantragte, obwohl der Angeklagte beweisen konnte, daß die unter Anklage stehende Notiz ohne sein Wissen veröffentlicht worden war.

Jugendbewegung.

Die Frommen gegen die Patrioten.

Die „patriotische“ Jugendbewegung beginnt den Frommen im Lande unheimlich zu werden. In der Sonntagsmorgen des „Reichsboten“ entriß sich ein anscheinend geistlicher Herr über den Plan der Stadt Altona, draußen auf der Fischbeder Heide ein Schauhauß zu errichten, zu dem an jedem Sonnabendnachmittag die Jugend hinauszugehen soll, um dort zu übernachten und am nächsten Morgen in aller Herrgottsfröhe schon die Möglichkeit zu haben, sich draußen im Freien zu tummeln, Kriegsspiele zu veranstalten oder auch Feld- und Gartenarbeit zu verrichten. Die Entrüstung ist um so größer, als auch der Staat selbstverständlich für die Errichtung dieses Schauhaußes 1500 M. beigesteuert hat. Hier, so meint der Einsender, „darf die Kirche nicht mehr stillschweigen“. „Systematisch“ würde hier ja beabsichtigt, die Jugend der kirchlichen Erziehung zu entziehen und um den sonntäglichen Gottesdienst zu bringen. Fände sich doch in dem Plan nicht einmal der Vorbehalt, wenigstens den Sonntagmorgen mit einer kleinen Andacht einzuleiten. Rein, ohne weiteres sollten die jungen Leute am Sonntagmorgen wieder ins Freie hinausgeführt werden.

Im Anschluß an diese Mitteilungen ergeht sich das pastorale Gemüt in recht ausführlichen Klagen darüber, wie auch sonst die staatlich geförderte patriotische Jugendpflege die kirchlichen Interessen überall schädige.

Auffallend war es schon, daß von vorneherein die Ausbildung und Erziehung zu körperlicher Tüchtigkeit und Kraft, Ausdauer und Gewandtheit und Leistungsfähigkeit im Vordergrund stand. Wann machen wir uns frei von dem ungeheuerlichen Worte „Ertüchtigung“? Die wirklich erzieherische Seite der Jugendpflege, die sich aus des Geistes annimmt, trat fast ganz zurück. Und von religiöser Einwirkung ist fast gar nicht die Rede, es sei denn, daß der Pfarrer nach dieser Seite hin seinen Einfluß geltend macht. . . . So lange man der Kirche und ihrer Kräfte bedarf, ist sie willkommen, glaubt man sich aber stark genug, so geht man vielfach über sie und ihre eigentümliche Arbeit zur Tagesordnung über.

Man kann den Schmerz des Herrn Pastors wohl verstehen. Es mag auch zugegeben werden, daß in seinen Klagen ein berechtigter Kern steckt, insofern nämlich, als die „Ertüchtigung“, wie sie von den Pfadfinderkörpers und Jugendwehren geübt wird, bei ihrer gänzlichen Vernachlässigung der geistigen Erziehung alles andere als mustergültig ist. An den „patriotischen“ Jugendzählern und Propagandisten der Pfadfindervereine würde es indessen nicht liegen, der Kirche den gewünschten Einfluß zu geben; sie wissen wohl, daß die Realitäten-erziehung unserer Staatskirche ihren Zielen durchaus entgegenkommen würde. Die Sache ist nur die: Man fürchtet, daß die Jugend, die man gern für die „nationale Sache“ gewinnen möchte, auf und davon läuft, wenn man ihnen auch noch die Moralpredigten der Herren Pastoren vorsetzt. Man hat Mähe genug, sie durch die Uniformen und sonstigen Ankerlichkeiten bei der Stange zu halten und darf es nicht risieren, diese Anziehungsmittel durch die Einführung kirchlicher Exerzitionen abzuschwächen.

Aus Industrie und Handel.

Das Schicksal der Tarifreform.

Washington, 8. September. (W. T. B.) Der Senat hat an der Tarifvorlage, wie sie vom Repräsentantenhaus angenommen worden

war, etwa 700 Änderungen vorgenommen; diese beziehen sich in der Hauptsache auf die Abschnitte Metall, Ackerbau, Baumwolle und Wolle. Die endgültige Abstimmung über die Tarifvorlage im Senat wird heute erwartet; es wird angenommen, daß das Konferenzkomitee beider Häuser die Tarifvorlage in zwei Wochen durchberaten wird.

Kein Bäckergoll in Nordamerika. Wie ein Telegramm aus Washington meldet, hat der Senat den Einfuhrzoll auf ausländische Bäcker wieder gestrichen.

Die preussischen Sparkassen erfuhr im Jahre 1912 eine Zunahme der Einlagen um 600 Millionen auf 12 432 Millionen. Diese Zunahme bleibt aber um 130 Millionen hinter der des Vorjahres zurück. Offenbar hat die Teuerung ungünstig auf die Sparfähigkeit eingewirkt. Vielleicht tritt in den Jahren auch noch die Wirkung der Kriegsschuldtagte, die bekanntlich im Herbst v. J. zu zahlreichen Abhebungen führte; erheblich kann dieser Grund aber nicht mehr ins Gewicht fallen, da der Termin für die statistische Erfassung bereits auf den 31. März dieses Jahres fällt. Bei der Berliner Sparkasse hat vorher eine absolute Abnahme der Sparkasseneinlagen um nicht weniger als 5,7 Millionen Mark stattgefunden. Neben den allgemeinen Ursachen muß dafür die Verzinsungspolitik der Berliner Sparkasse verantwortlich gemacht werden; die Kassen der Berliner Vororte und der benachbarten Kreise zahlten durchweg höhere Zinsen. Im übrigen mag auch die Abwanderung der „besseren“ Steuerzahler nach den Vororten zu diesem Resultat mitgewirkt haben.

Die Verwendung der Sparkassenbestände verschiebt sich von Jahr zu Jahr zugunsten der städtischen Grundbesitzer. Von 100 M. überhaupt zinsbar angelegter Kapitalien wurden im vergangenen Jahre 42,13 M. in städtischen Hypotheken angelegt. Weitere 19 M. vom Hundert wurden ländlichen Grundbesitzern zur Verfügung gestellt. Einen charakteristischen Rückgang erfahren die Anlagen in Inhaberpapieren (neben Staatspapieren); sie fielen von 23 auf 21,1 Proz. Zum Teil ist dieser Rückgang darauf zurückzuführen, daß die Inhaberpapiere zum Kurswert in die Bilanz eingestellt werden und bekanntlich sind die Kurse der Staatspapiere im vergangenen Jahre erneut erheblich gefallen. Doch soll auch die Anlage der Papiere zum Nennwert einen wenn auch geringeren Rückgang zeigen, was weiter nicht erstaunlich ist, da jede wirtschaftlich arbeitende Staatesverwaltung natürlich Verlusten durch Kursrückgänge vorzubeugen sucht und daher andere Anlagen bevorzugen wird.

An Zinsäuferschüssen erzielten die 1780 statistisch erfaßten Kassen mehr als 104 Millionen Mark. 23 Millionen verschlangen davon die Verwaltungskosten. Durchschnittlich wurden die Sparkasseneinlagen mit 3,53 Proz. verzinst, während die Kassen aus ihren Anlagen 4,23 Proz. Zinsen zogen.

Der Bestand des Stahlwerksverbandes im August d. J. beträgt nur 505 607 Tonnen gegen 553 444 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Er bleibt also gegen den August-Bestand von 1912 um 33 500 Tonnen zurück, wenn er auch gegen den Bestand im Juli d. J. um 14 000 Tonnen gestiegen ist. Der Bestand von Formeisen zeigt gegen den Juli d. J. ein Plus von 20 000, gegen den August des Vorjahres sogar von 60 000 Tonnen. Da Formeisen besonders für Bauten verwendet wird, sind diese Zahlen ein neues Charakteristikum für die gegenwärtige Lage des Baumarktes.

Letzte Nachrichten.

Unabhängigkeitserklärung des Wilajets Adrianopel.

Konstantinopel, 8. September. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Ruftis, Notabeln und Ulema von Guemuehdschina, Dedegatsch, Kanti, Kofschifawal, Ghitschelebi, Dahidere und Kirischakti teilten den Blättern telegraphisch ihren Entschluß mit, eine Unabhängigkeitserklärung zu erlassen. Sie begründen diese mit der Umwandlung der Moscheen in Kirchen, mit der gewalttätigen Verheerung von Muselmanen zum Christentum und mit Grausamkeiten, deren Wiederholung sie bei einer zweiten Besetzung durch die Bulgaren befürchten. Sie erklären, daß sie den Kampf, an dem Griechen teilnahmen, ewig fortsetzen werden, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Pforte ihre Gebiete den Bulgaren nicht überlassen werde. Nach den Blättern umfaßt die Unabhängigkeitserklärung das ganze Wilajet Adrianopel. Der Chef und vier Mitglieder der provisorischen Regierung begaben sich nach Adrianopel, wo sie dem französischen Konsul als dem Doyen des Konsularkorps erklärten, daß sie ihr Land mit allen Kräften verteidigen würden, um nicht unter das Joch der Bulgaren zu geraten. Sie würden nach Konstantinopel reisen, um ihren Entschluß der Pforte und den Völkern mitzuteilen.

Die Revolution in San Domingo.

Washington, 8. September. (W. T. B.) Nach Depeschen vom amerikanischen Botschaftler zu Puerto Plata in San Domingo, wo die Revolution im Fortschreiten begriffen ist, ist die Stadt von Kanonenbooten der Regierung von San Domingo besessen worden, unter Besatzung für Leben und Eigentum amerikanischer Bürger. Der Aufstand, der bisher nicht für ernsthaft gehalten worden war, wird, wie es heißt, von Hector Belasquez, dem früheren interimistischen Präsidenten der Republik, geleitet, der die Herrschaft über die ganze Provinz an sich gerissen hat.

Ein Gefährt vom Eisenbahnzug überfahren.

Offenbach a. M., 8. September. (W. T. B.) Am Wahnübergang an der Sprendlinger Landstraße wurde heute nachmittags kurz vor 2½ Uhr ein Wilschuhwerk vom Schnellzuge Frankfurt-Kürnberg erfaßt und beiseite geschleudert. Eine 76 Jahre alte Frau Schäfer, die auf dem Wagen saß, wurde auf der Stelle getötet. Der Besitzer des Wagens, der 47 Jahre alte Wilschuhhändler Reubeder aus Sprendlingen, und seine Frau wurden schwer verletzt in das städtische Krankenhaus geschafft. Reubeder ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Die Ursache des Unglücks ist, wie die „Offenbacher Zeitung“ mitteilt, noch nicht aufgeklärt.

Ausland auf der Stadtbahn in Tiflis.

Tiflis (Kaukasien), 8. September. (W. T. B.) Infolge eines Streiks der Stadtbahnbeamten ist der Stadtbahnverkehr vollständig eingestellt.

Ausbreitung der Cholera in Rußland.

Petersburg, 8. September. (W. T. B.) Das Gouvernement Cherson und die angrenzenden Kreise, Balta im Gouvernement Boddolen und Djeprrowskoje im Gouvernement Kaukasien wurden für Cholera bedroht erklärt. Wegen der Einschleppung der Cholera aus Rumänien über die Landgrenze wurde Bessarabien ebenfalls für Cholera bedroht erklärt.

TAFFET- JUPON

Reine Seide, mit gebranntem
Volant, in vielen Farben

4.50

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Dienstag
bis
Donnerstag

Extra-Preise

Versand-Abteilung:
Berlin W 66,
Leipziger Straße

Maß-Salon
Leipziger Straße

Eingang der letzten
französ. Modelle

Herren-Hüte

- Haarhüte stoffe neue Formen ... 4.25
- Haarhüte Ia Ausstattung ... 5.25
- Welche Herrenhüte Wollvelours in mo-
dernem Farben ... 3.25
- Herren-Mützen aus gemusterten Stoffen
mit Sorgelutter ... 1.25
- Knabenhüte melierte Farben ... 2.25
- Knaben-Schirmmützen aus gemust. Stoffen 80 Pf.
- Kinderhüte Südwestform, braun, Leder 2.75
- Spazierstöcke Malakkarohr ... 1.25
- Spazierstöcke mit geflochtenem Ring .. 2.75

Preiswerte Blusen

- Blusenhemd aus Satin-
Barchent 1.75
in vielen Dessins
- Bluse aus glattem Tüll, mit Ein-
satz und Klöppel garniert,
ecru ... 3.90
- Bluse aus glattem Tüll, mit
guter Spachtel-Passe u.
Einsätzen garniert ... 4.25
- Bluse aus breiten Einsätzen
und Klöppel zusammen-
gesetzt, glatter Tüll-Aermel ... 5.75
- Bluse aus gemustertem Tüll,
m. konfektioniert. Kragen
und reichem Spachtel garniert ... 6.25
- Bluse aus Tüll mit Einsätzen
und Kragen ... 9.25
- Bluse aus Pailleteseide mit
Crêpe u. Glasknopfen
garniert ... 11.75
- Bluse aus Messaline-Seide,
reich mit Spitzen und
Pliésé garniert ... 12.75

Langhüftige Korsette

- Weiss, blau gestreift extra lang ... 2.—
- Farbig Körper 2 Halter ... 2.50
- Weiss, blau gemustert 2 Halter ... 3.50
- Weiss Batist 2 Halter ... 4.—
- Grau Drell extra lang, 4 Halter ... 5.25
- Weiss, blau gemustert 4 Halter ... 5.50
- Mode Satin 4 Halter, extra lang, (be-
sonders für starke Figuren geeignete
Form) ... 7.50

Nur Dienstag,
soweit vorhanden.

Heute billige Lebensmittel

Diese Artikel
werden nicht zugesandt.

Ochsenfleisch .. Pfund 95 Pf.	Dicke Rippe .. Pfund 75 Pf.	Große Kochäpfel .. Pfund 10 Pf.	Tomaten .. 2 Pfund 10 Pf.	Kabeljau in ganz. Flaschen mit Kopf Pfd. 8 Pf.
Schweinekotelettes .. Pfund 1.10	Hammeldünnung .. Pfund 65 Pf.	Sternreinetten .. 3 Pfund 25 Pf.	Weiß-, Rot-, Wirsingkohl (große Köpfe) .. Pfund 3 Pf.	Kabeljau in ganz. Flaschen o. Kopf Pfd. 11 Pf.
Schweinekamm u. Schuft Pfund 1.—	Hammelkotelettes .. 2 Stck 25 Pf.	Goldpermanen .. Pfund 15 Pf.	Spinat 3 Pfd. 20 Pf. Kohlrabi Mdl. 8 Pf.	Seelachs .. Pfund 10 Pf.
Rückenfett Pfund 65 Pf. Liesen 75 Pf.	Thüringer Pflaumen 8 Pfund 20 Pf.	Blaue Kurtrauben .. Pfund 20 Pf.	Einlegegurken .. Mandel 30 Pf.	Schellfisch .. Pfund 10 Pf.
Eisbein, Dickbein .. Pfund 65 Pf.	Birnen Pfd. 10 Pf. Blancbirnen 18 Pf.	Weintrauben .. Kleine Kiste 75 Pf.	Mohrrüben .. 3 Pfund 10 Pf.	Steinbutt .. Pfund 60 Pf.
Kleinfleisch .. Pfund 30 Pf.	Kaiserkronen .. Pfund 25 Pf.	Ananas Pfund 65 Pf., Kürbis Pfund 4 Pf.		Aalquappen .. Pfund 20 Pf.
Hammelkeule .. Pfund 80 Pf.				Frischer Tafelzander ... Pfund 60 Pf.
Hammelrücken .. Pfund 70 Pf.	Fetter Speck .. Pfund 80 Pf. 4 Pfund 3.—			Tafellachs in ganzen Flaschen Pfd. 65 Pf.
			Tauben .. Stück 35, 55, 65 Pf.	

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung der Bauanschläger

Tagesordnung:
1. Bericht vom Bauarbeiterkongress und Bauausstellung in
Leipzig. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird ersucht.
125/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.
Donnerstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engelufer 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Resultat und Abschluß der Berliner Lohnbewegung.
Berichterstatter: Kollege Watsky. 2. Die Bildungsbestrebungen der
Arbeiterchaft. Berichterstatter: Kollege Dittmer. 3. Verbands-
angelegenheiten.
Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzulegen.
125/6 Die Ortsverwaltung.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung.
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. 8-8, Sonntags 8-1.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
Sprechst. 10-1, 4-8, Sonnt. 10-1.

Möbelstoffe

Letzte Neuheiten, auch Reste!
Mocquetplüsch 4 65 130 cm
breit.
Muster bei näher. Angabe franko

Berlin, Oranien-
straße 158
Emil Lefèvre

Bruchbandagen,

Leibbinden, Garadehalter,
Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen

Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Reiseführer,

Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O13, Rigaer Str. 71-73a



Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

empfehlen
gute preiswerte Möbel
Einrichtungen von
187 M. bis 10,000 M.

154 Musterräume
Lagerräume: 6696 q-Mtr. groß.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge gratis und franko!



Die neue 3 Pfennig
QUALITÄTS
CIGARETTE

mit Goldmundst mit Hohlmundst flach

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. Zentrale Lichtenberg, Rittergutstr. 16/20.

Unsere Mitgliedern, Freunden und Gönnern zur gefälligen Kenntnisnahme,
daß wir Montag, den 8. September, unsere

117. Verkaufsstelle
Gabelsberger Straße 11
eröffnet haben.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslosenfürsorge „heller Wahnwitz“!

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ gibt in ihrer letzten Nummer ihren Lesern einige Daten aus dem Bericht über die Gewerkschaftsbewegung aus dem Jahre 1912 bekannt. Sie knüpft daran einen Kommentar, in dem zunächst betont wird, daß die Ausgaben für „Klassenkämpferische Zwecke“ im Berichtsjahr wohl weit hinter den entsprechenden Zahlen der Vorjahre zurückbleiben aber immerhin mehr als ein Fünftel der Gesamtausgaben erreichten. Besonders beachtenswert erscheint dem Scharfmacherorgan die „starke Akkumulation der Vermögensbestände der Kampforganisationen, die mit dem Schluß des laufenden Jahres das erste Hundert Millionen überschritten haben dürfte.“

Trivol und brutal gegen die Räte der Arbeitslosigkeit wird das Blatt aber, indem es heftig bemerkt: „Die Tatsache, daß die Gewerkschaften sich zu so gewaltigen Rücklagen trotz der Kostspieligkeit ihres Verwaltungsapparats, trotz der vielen Millionen verschlingenden Arbeitskämpfe imstande sehen“ ist wohl ein unividerlegbarer Beweis dafür, „daß die Ausdehnung einer etwaigen staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenfürsorge auf die gewerkschaftlich organisierten Elemente geradezu heller Wahnwitz wäre!“

Wir wissen zur Genüge, warum das geschrieben ist: ist doch die geringste Unterstützung Arbeitsloser unsern Scharfmachern ein Dorn im Auge. Die Arbeitslosigkeit war immer schon die Zuchtstätte, die Arbeiter willfährig und gefügig zu erhalten. Daher Kampf gegen jedes Mittel, das solche Zustände ändern könnte. Dessen ungeachtet aber werden sich auch unsere Scharfmacher daran gewöhnen müssen, daß auch der Zug der Zeit über sie hinweggeht, und daß auch gegen ihren Willen die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden wird.

Deutsches Reich.

Die Arbeitslosigkeit.

In Forst in der Lausitz, dem Klein-Ranchester der deutschen Tuchindustrie, ist die wirtschaftliche Krise mit ihren Begleiterscheinungen immer heftiger ein. In einer vom Filialvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes einberufenen Arbeitslosenversammlung, die den geräumigen Lindengarten fast füllte, wurde eine Kommission gewählt, die sich mit den Stadtbehörden in Verbindung setzen soll, um Abhilfe des vorhandenen Mißstandes zu fordern.

Die Kommission verhandelte mit dem Bürgermeister, welcher die Schwierigkeiten, in der sich die Forster arbeitende Bevölkerung befindet, zu wähligen weiß und auch sofort geeignete Schritte bei den Stadtbehörden und dem Stadtvorordnetenkollegium einleiten will. Mit dem Fabrikantenverein sollen Unterhandlungen angeknüpft werden, um unnötige Entlassungen zu verhindern und durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Probe auf Exempel.

Durch die Zeitungen ging kürzlich die Notiz, daß drei Mälzereiarbeiter vom Erfurter Landgericht zu 1100 M. Schadenersatz an einen Streibknecht verurteilt worden waren, dessen Entlassung sie nach Beilegung des Streiks gefordert und durchgeführt hatten. Hier

das Gegenstück aus Unternehmerkreisen: In der Brauerei Brettreich in Stolp wurde ein Brauer mit folgenden Worten entlassen:

„Ich kann Ihnen in Ihrer Arbeit nichts nachsagen; Sie sind fleißig und nüchtern gewesen, aber Sie gehören einem sozialdemokratischen Verbands, ja sogar dem Vorstand an und Sie waren auch der größte Heber bei der Streikbewegung.“

Der Entlassene tröstete sich mit der Hoffnung, daß man auch in anderen Stolper Brauereien sein Brot verdienen könne. Er wurde aber nirgends eingestellt, weil die Stolper Brauereibesitzer unter Hinterlegung von 800—1000 M. beim Syndikus der Stolper Handelskammer sich verpflichtet haben, vor Ablauf eines Jahres keinen Mann von einer anderen Stolper Brauerei einzustellen. Ein anderer junger, von Brettreich entlassener Brauer wurde in einer anderen Brauerei nicht eingestellt unter Hinweis darauf, daß man sonst Strafe zahlen müsse, obwohl in diesem Betriebe zwei Brauer notwendig gebraucht wurden. Der junge Mann dürfte dann bei Brettreich weiterarbeiten unter der Bedingung, daß er aus dem Verbands austrete.

Der Brauereiarbeiter- und Mälzereiarbeiterverband wird dem Entlassenen durch Schadenersatz die Möglichkeit zu der Feststellung geben, ob in Stolp von Rechts wegen die Brauerei besitz er mit derselben Eile gemessen werden, mit der vom Landgericht Erfurt drei Mälzereiarbeiter gemessen wurden.

Mitgliederfang des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes.

Unter den großen Handlungsgehilfenverbänden besteht ein wütender Konkurrenzkampf, der oft mit gänzlich unvernünftigen Mitteln geführt wird. Nach Art der Ranschbüchse veranstalten diese Verbände die unglücklichsten Wettrennen um die Gunst der Angestellten. Die so gewonnenen Mitglieder reizen natürlich bei der nächstbesten Gelegenheit aus, sobald sie gemerkt haben, daß sie nur eingekauft werden sollen. Dann sehen die Werbeabteilungen dieser Ranschverbände von neuem ein. Wie bei den bekannnten Schwimmbadverkäufen der Großstadt, so werden den Mitgliedern Lockmittel vorgehalten, um sie von ihren immernährlichen Austrittsgedanken abzubringen. Der Leipziger Handlungsgehilfenverband z. B. gewährt jedem Mitglied jedes Jahr ein Buch gratis. Also so eine Art Emporlesebibliothek nach dem Muster von August Scherl. Er will angeblich etwas für die Bildung tun. Die Sache hat jedoch einen Haken. Wenn der gute Mann seine Austrittserklärung einreicht, wird er mit der Entziehung dieser Buchprämie bestraft. Das Statut des Verbandes schreibt nämlich vor, daß der Austritt nur zum Schluß des Kalenderjahres zulässig ist und der Austrittende mit dem Tage des Eingangs der Austrittserklärung keine Rechte mehr an den Verband hat. Sollte ihm aber in gerechter Entrüstung über dieses Verhalten einfallen, nunmehr auch die Zahlung der Beiträge einzustellen für die Zeit bis zum Austrittstermin, für die er keine Rechte genießt, so bekommt er prompt binnen einer Woche nach Verweigerung der Rücknahme einen Zahlungsbefehl.

Die Zeitung des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes darf nicht glauben, sich mit solchen Mitteln die Sympathie der Angestellten erwerben zu können oder mit ihrer Emporlesebibliothek die in ihrem Reiz gefangenen Mitglieder zu halten. Es ist doch wirklich hüßig, wenn man sich die Bücher in der nächsten Buchhandlung kauft. So spiegelt der Leipziger Handlungsgehilfenverband den Angestellten vor, er wolle ihre Berufsinteressen vertreten. Deshalb muß dieser unaufrichtige Wettbewerb bei jeder Gelegenheit gebrandmarkt und den Angestellten, wenn der Leipziger Handlungsgehilfenverband und die Verbände ähnlichen Kalibers kommen, zugerufen werden: Augen auf und Taschen zu!

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs legten in Greiffenberg (Schlesien) alle Bauarbeiter geschlossen die Arbeit nieder. Die Unternehmer weigern sich vorläufig noch, die tarifmäßigen Löhne zu bezahlen, dürften jedoch bald eines besseren belehrt werden, weil die Arbeitsniederlegung einmütig erfolgte und Streikbrecher bis jetzt auch von auswärtig ferngeblieben sind.

Christliche Streikbrecherlieferanten.

Im Juni dieses Jahres traten in dem Karlsruher Sägewerk Langhein u. Co. die frei und christlich organisierten Arbeiter in den

Streik, weil der Vertrauensmann schikaniert und plötzlich entlassen wurde. Die 28 streikenden Arbeiter waren in nicht weniger als sieben Verbänden organisiert, davon drei im christlichen Holzarbeiter- und einer im christlichen Metallarbeiterverband. Bald nach Ausbruch des Streiks erklärte der christliche Holzarbeiterverband seinen drei Mitgliedern, daß er keine Unterstützung gewähre, worauf die drei Arbeiter in den Betrieb zurückkehrten. Die Bemühungen der Firma, weitere Streikbrecher zu bekommen, waren zunächst erfolglos, bis sich die Sekretäre des christlichen Zentralverbandes der Fabrik, Hilfs- und Verkehrsarbeiter dazu bereit fanden, Streikbrecher in Jodgrim in der Rheinpfalz für die Firma anzuwerben, obgleich von diesem Verbands nicht ein einziges Mitglied mit am Streik beteiligt oder im Betriebe beschäftigt war. Am 11. Juli gab der Bevollmächtigte des christlichen Holzarbeiterverbandes vor dem Vorsitzenden des Karlsruher Gewerbegerichts an, daß sie (die christlichen Gewerkschaften) den Betrieb mit 25 Mann besetzt hätten, davon habe den größten Teil der christliche Zentralverband der Fabrik, Hilfs- und Verkehrsarbeiter geliefert. Hier ist also der christliche Arbeitererrat dokumentarisch festgelegt. Das hindert aber diese christlichen Herren nicht, die Angestellten der freien Gewerkschaften noch überdies zu verlocken, um damit die eigenen Schandtatzen zu verdecken. So wurde von dem Sekretär Ruhn die Schauermär in die Welt gesetzt, er sei am 6. Juni in Jodgrim von 40 Genossen unter der Führung von zwei Angestellten des Transportarbeiterverbandes überfallen und mit Messern und Knütteln bearbeitet und mit Totschlägen bedroht worden. Anzeige sei bei der Behörde erstattet. Seit diesem „Ueberfall“ ist nun eine lange Zeit verstrichen, aber weder „40 Genossen“ noch die angeblichen „Anführer“ des Ueberfalles haben von der sonst doch sehr eifrigen Strafbehörde irgend welche Vorladung erhalten, wodurch es den Anschein gewinnt, daß sich Ruhn den „Ueberfall“ aus den Fingern gelassen hat, um als Märtyrer unter seinen Nebenbrüdern gelten zu können.

Fest steht, daß sich der christliche Fabrik-, Hilfs- und Verkehrsarbeiterverband strupplos als Unternehmerhulstruppe betätigt. So wurde schon im Juli 1910 in der „Gewerkschaftsstimme“, dem Organ dieses Verbandes, aufgefordert, nach der Schweiz zu gehen und dort für die im Streik stehenden Brauereiarbeiter in Arbeit zu treten. Wir sehen den organisierten christlichen Streikbreuch in Emden, in Bremerhaven, in Karlsruhe, in Köln, neuerdings in Forchheim (Bayern), und die Unternehmer können ihr schweres Geld für die berufsmäßigen Streikbrecherlieferanten sparen, wenn sie sich vertrauensvoll an die Herren Ruhn und Konsorten wenden.

Ausland.

Abermals ein Tunnelarbeiterstreik in der Schweiz.

Dem durch eine Vereinbarung beendeten ersten Streik der Arbeiter beim Bahnbau Münster-Grenchen vom Anfang August ist infolge des Fortschritts der Unternehmer nach einigen Wochen der zweite Streik gefolgt. Entgegen jener Vereinbarung wurden Arbeiter entlassen, mit denen sich ihre übrigen Kollegen solidarisch erklärten und die ihre Wiedereinstellung verlangten. Da diese nicht erfolgte, legte die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit nieder und sie benutzten die Gelegenheit, auch noch andere Forderungen zu stellen. Die Streikenden verlangten: 1. Es soll alle 14 Tage Jahrlöhne gemacht werden. 2. Es soll schichtweise jeder zweite Sonntag freigegeben werden. (Bis jetzt haben die Arbeiter überhaupt keinen freien Tag, es wird ununterbrochen gearbeitet.) 3. Das Brämenhohem soll beseitigt werden. (An Stelle der bisherigen Prämien ist den Arbeitern des „Abonement“, Mineure, Bohrer usw., ein fester Lohnzuschlag von 25 Prozent, den übrigen Arbeitern, die bisher Prämien bezogen, ein fester Lohnzuschlag von 15 Prozent zu bezahlen.) 4. Im übrigen sollen die Bestimmungen der Vereinbarung vom 5. August 1913 in allen Teilen aufrecht erhalten bleiben. 5. Wegen Teilnahme am Streik dürfen Maßregeln nicht stattfinden. Die noch auf dem Platz anwesenden Arbeiter sind wieder einzustellen. 6. In Randersteg haben seinerzeit die Tunnelarbeiter eine Kollekte zum Ankauf von Musikinstrumenten veranstaltet. Aus dem Ergebnis der Geldsammlung sind also Eigentum der Arbeiter. Die Unternehmer nahmen sie aber mit frecher Willkür den Arbeitern weg, die sie wieder zurückhaben wollen. In allen diesen Probenationen gestellt sich noch die

Kleines feuilleton.

Ein Kulturkampf. Seit Monaten herrscht in dem westfälischen Städtchen Herne ein wilder Kampf. Schon wurden ganze Intendanten über sein Objekt ausgegossen, ungezählte Zeitungspalten widelten sich um die Sache, der Magistrat sah sich mehr als einmal bereits genötigt, dazu Stellung zu nehmen. Und aus dem lokalen Konflikt wird mehr und mehr ein allgemeiner. Schon hat ein Blatt vom Range der „Westfälischen Volkszeitung“ das Forum des ganzen deutschen Volkes angeregt. Wer weiß, was jetzt noch alles kommt.

Ein Kulturkampf ist es; ein Verzweiflungskampf der katholischen Bevölkerung Herne um ihr gutes Recht. In freventlicher Weise haben es die maßgebenden Stellen Herne mit Füßen getreten. Empörende Zustände wurden von der kirchlichen Presse aufgedeckt.

In Herne gibt es eine Volksbibliothek. Mit rund 2725 Bänden. Von diesen 2725 Bänden aber sind nur — die Feder sträubt sich, es niederzuschreiben! — 110 bis 120 von Autoren mit anerkannt katholischer Gesinnung. Das macht 4 bis 4 1/2 Prozent. Von der Bevölkerung Herne sind aber 57 Prozent katholisch. Ist das Parität? Ist das Gerechtigkeit?

Ran wird den Jörn der kirchlichen Presse verlesen können, wenn sie an der Hand des Katalogs feststellt, daß zwar legerische Literaten vom Schlage der Goethe, Lessing, Schiller usw. in Hülle vertreten sind, aber so gut katholische Dichter und Dichtertinnen wie Albing, Baumberger, Bagin, Vuol, Champol, Dindlage, Dirkin, Domanig, Däster, Gangl, Gobin, Herbert, Heide-Choinet, Jürgensen, Kaiser, Kimmel, Lingen, Linzen, Schrott-Biechte, Spillmann, Scheehan, Jöff, Dransfeld, Eichert, Eichelbach, Heemstede, Herold, Plathy, Kernschod, Krall, Kronich, Krapp, Seeder, Thrasott, Wilkom völlig fehlen. Ran denke nur, in den Abteilungen Naturwissenschaften, Gewerbe und Technik ist sogar überhaupt kein katholisches Buch! Wenn ein herner Gewerbetreibender sich mit der kaufmännischen Buchführung vertraut machen will, ist er geradezu gezwungen, seine Konten nach einem evangelischen Rezept einzurichten.

Gott sei Dank kann die „Westfälische Volkszeitung“ nach einem Ueberblick über die bisherigen Kämpfe in Herne und die bereits erlangten, freilich noch nicht ausreichenden Erfolge versichern: „Die Herner werden nicht ruhen und rasten, bis daß ihnen in der „paritätischen“ Wägerei einer überwiegend katholischen Stadt ihr Recht wird.“

Ran darf also wohl hoffen, daß es baldigst dahin kommt, daß der evangelisch getaufte, im übrigen sogar höchst freigeistige Johann Wolfgang Goethe durch den gut katholischen Jeremias Kimmel ersetzt wird, und der mehr als legerische Gerhart Hauptmann etwa durch den unadeligen Spillmann; bis daß das Gleichgewicht hergestellt ist und, der Bevölkerung entsprechend, 57 Proz. katholische, 35 Proz. protestantische, 5 Proz. jüdische und 3 Proz. freireligiöse Bücher in der Stadtbibliothek stehen.

Außerdem ist wohl zu erwarten, daß auch in anderen Plätzen, wo das Mißverhältnis heute ähnlich ist, die katholische Einwohnerschaft zum Kampfe aufsteht und nicht eher ruht und rastet, als bis

sie die paritätische Bibliothek errungen hat — im Interesse der Kultur und des Fortschritts.

Theater.

Freie Volkshäuser (im Schillertheater Charlottenburg): Der Pfarrer von Kirchfeld von Angenruber. Was dies Lebensdrama nicht all werden läßt, das ist sein echt menschlicher Gehalt und die Kraft der fortwirkenden Idee des Kampfes gegen die reaktionären Gewalten. Das Zuständliche wie das Zeitlorit sind und heute nur noch Zufallsmerkmale, die wir trotzdem nicht vermissen wollen und können, weil der Dichter bodenständige Gestalten geschaffen hat. Von diesem Merkmal aus dürfen wir die Aufführung am Sonntag den besten ihrer Art zugesellen. Da ist Georg Waesche, der dem Pfarrer Hell überragende Größe verleiht. Wie glauben an ihn, weil er so ganz von warmer Menschlichkeit durchdrungen erscheint. In jedem Worte, in jeder Gebärde spiegelt sich der Kampf seiner Seele echt und wahr. Als Sieger über sich selbst und das ihm aufgeworfene Schicksal sehen wir ihn von seinem Plage scheiden. Da sind Leonore Ehn als Anna und Hans J. Gerhart als Burzelspey: zwei der prächtigsten Angenrubersehen gestalten, prächtig veredelt durch zwei nach Sprache und Verkommen heimattständige Gestalten. Und endlich sind Fanny Wolff (Brigitte), Artur Fenzel (Pfarrer Wetter), Wilhelm Krüger (Schulmeister), Alfred Braun (Michael Verdorfer) und Max Reimer (Graf Peter) gute Vertreter ihrer jeweiligen Nebenrollen. Recht drastisch war der Zusammenstoß der Walfahrer und der Hochzeitsgesellschaft herausgearbeitet. Ueberhaupt betwahrte sich die Regie im wirksamen Zusammenspiel, wie in der fürgeformungsvoller Egenerte. Es war eine Vorstellung aus einem Guck.

Humor und Satire.

Der Fremdenlegionär Müller. Der Fall des deutschen Fremdenlegionärs Müller, der in Afrika erschossen wurde, ist jetzt durch die französische Regierung einwandfrei geklärt:

Erstens ist der Fremdenlegionär Müller nicht erschossen worden. Zweitens hat es nie einen Fremdenlegionär Müller gegeben. Drittens war der deutsche Fremdenlegionär Müller, der erschossen wurde, rechtmäßig verurteilt.

Viertens war der Fremdenlegionär Müller, den es nie gegeben hat, kein Deutscher, sondern ein Schweizer.

Fünftens hieß der Schweizer, der erschossen wurde, gar nicht Müller.

Sechstens ist überhaupt auch nie ein Schweizer erschossen worden. Siebentes kann die französische Deceitleitung in der Fremdenlegion erschließen lassen, wen sie will.

Achtens gibt es überhaupt keine Fremdenlegion!

Durch diese bündigen und lokalen Erklärungen ist der peinliche Fall hoffentlich definitiv aus der Welt geschafft!

(Jugend*)

Notizen.

— Gerhart Dudama Kroop, der Romanschriftsteller, ist in Innsbruck im Alter von 52 Jahren gestorben. Er stammte

aus dem Bremischen Patriziat, und diese Herkunft aus dem Milieu der Erbklassen verleugnet sich in seiner christlichen Art nicht: er blieb literarisch für sich, hielt sich von den Strömungen seiner Zeit abgefordert. Seine Romane bezeugen in ästhetisch feiner, besonnener Form den Augen Beobachter der seelischen Wirklichkeit. Er war nicht gegenwartsfremd, ließ aber das Leben seiner Romane mit Vorliebe in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts spielen. Ehe er die Schriftstellererei begann, war er als Fabrikchemiker tätig.

Theaterchronik. Die Eröffnung des Deutschen Künstlertheaters ist von Freitag auf kommenden Dienstag verschoben worden. An dieser Verzögerung ist der immer noch nicht fertige Umbau des Hauses schuld. — Am Donnerstag findet im Igl. Schauspielhaus die deutsche Erstaufführung von Strindbergs Traumbildung Schwänenweiß statt. Fräulein Himig spielt die Titelrolle. — Die Reihe der Strindberg-Abande des Deutschen Schauspielhauses eröffnet Direktor Lang am Donnerstag mit der Aufführung von „Fräulein Julie“. Die Titelrolle wird von Paula Somary dargestellt. — Frau Melanie Kurt, die das Igl. Opernhaus verlassen hat, singt heute abend zum erstenmal auf der Charlottenburger Bühne die Leonore im „Fidelio“.

— Die Humboldt-Akademie hat soeben ihr Programm für das kommende Wintersemester veröffentlicht. Die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung werden in 24 Vorlesungsbereichen behandelt. Das Lehrvierteljahr beginnt Dienstag, den 7. Oktober.

— Das Kino als Theaterstätte. Auch in Röhhausen in Thüringen bedrohen seit geraumer Zeit die Kinos das Stadttheater. Die Röhhauser Stadttheater sind der unliebsamen Konkurrenz mit salomonischer Weisheit entgegengetreten. Sie haben beschlossen, dem Stadttheater eine jährliche Subvention von 5000 M. zu überweisen, die aus den Beträgen der von den Kinos aufgetragenen Steuern bestritten werden soll.

— Ein Kopernikus-Denkmal soll vor dem Schlosse zu Altenstein errichtet werden. Ein Fonds von 40 000 M. steht zur Verfügung.

— Siegfried Wagners Sternengebot wird im Laufe dieser Spielzeit zum erstenmal im Hoftheater in Hannover zur Aufführung gelangen.

— Internationaler Naturschutz. Infolge einer Anregung des Zoologenkongresses in Graz läßt der Schweizer Bundesrat bei den europäischen Regierungen anfragen, wie sie sich zu einer internationalen Konferenz für Natur- und Heimatschutz stellen würden. In dieser Konferenz soll die Frage besprochen werden, wie sich der Vernichtung einer großen Anzahl wichtiger und interessanter Tierarten sowie Pflanzenarten entgegenzutreten läßt.

— Unjin, du siegst! Der australische Reuten-Schwinger Burroo wollte kürzlich in London seinen Weltrekord von 107 Stunden auf 120 Stunden erhöhen, mußte den Versuch aber bei 97 Stunden 35 Minuten abbrechen. Die an sich respectable Leistung ist eine blödsinnige Kraftvergeudung, aber nicht der Wildstinn enscheidet, sondern die pelamäre Einträglichkeit, und die ist nicht gering, denn nichts auf Erden ist so dummt, es findet doch sein Publikum.

gemeine Beschimpfung der Italiener als 'Lagebiede' und ihrer Frauen als 'Luren und faule Knecht' durch den leitenden schweizerischen Ingenieur Rothplig. Darauf reagierte natürlich die Arbeiter und ihre Frauen, die kapitalistische Regierung des Kantons Solothurn packte aber nicht den freien Rothplig, sondern beschloß, Militär aufgebaut gegen die beleidigten und provozierten Arbeiter. Gegenüber dieser Brutalität und Gewalttätigkeit des kapitalistischen Klassenregiments der schweizerischen Bourgeoisie ist die schweizerische Arbeiterschaft mit ihrer Solidarität bei den bergegaltigen Italienern.

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Gené, 6. September 1913.
Der Vertreter des ständigen Komitees für Sozialversicherung, F. J. F. Paris erstattet den Generalbericht über die Frage der Arbeitslosenversicherung.

Er legt dar, daß er aus dem Studium der Berichte der nationalen Sektionen nirgend einen Anhalt für bestimmte Anträge über die beste Form der Arbeitslosenversicherung habe gewinnen können. Die Erfahrungen seien noch in seinem Lande sicher genug. Sowie die Erfahrung jetzt schon zu sagen, daß die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich-rechtliche sein müsse und daß sie nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterverbände geschaffen werden könne. Die Einrichtung selbst muß von den öffentlichen Gewaltorganen organisiert werden, denen auch neben den Unternehmern und den Arbeitern ein Teil der Kosten zugewiesen werden müsse. Eine der Hauptbedingungen, beste Unterlagen für die Einrichtung der öffentlichen Arbeitslosenversicherung, sei die großzügige Organisation des Arbeitsnachweises.

Die Diskussion eröffnet Dr. Rademacher-Köln, der einen Überblick über die bekannte Kölner Arbeitslosenliste gibt. Der Rasse sind jetzt 26 Arbeiterorganisationen mit 1105 Mitgliedern angeschlossen. Die Zahl der Einzelmitglieder beträgt nur 180; das System der Sparversicherungen ist also recht schwach. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß er sich noch nicht davon habe überzeugen können, daß die allgemeine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung notwendig sei.

Trocet-Lüttich fährt aus, daß die Schlussfolgerungen des Referenten nach seiner Rede eigentlich noch schärfer zugunsten der Zwangsversicherung gefaßt hätten sein können. Die Arbeiterorganisationen müßten auf jeden Fall zur Mitwirkung herangezogen werden, damit nicht die einen das größere Mißlo der anderen Verursachen müßten. Meistens sei es notwendig, daß die Unternehmerbeiträge zur Versicherung nicht geringer als die Arbeiterbeiträge festgesetzt werden.

Dr. Jager-Berlin (Vertreter des Reichsstatistischen Amtes): Heute sind noch weit die Anschauungen verbreitet, daß eine Arbeitslosenversicherung undurchführbar sei. Diese Auffassung zu zerstreuen, muß unser erstes Bestreben sein. Das Problem kann nur aus dem Wege der nationalen Gesetzgebung gelöst werden, und zwar muß die Organisationsform eine Zwangsversicherung nach beruflicher Gliederung darstellen. Die Kosten haben nicht nur die Arbeiter und Unternehmer, sondern auch die Gemeinden und der Staat zu tragen. Die Leistungen der Versicherung können nur nach einer gewissen Barzeit gewährt werden, weil der Arbeitslose die erste Zeit für sich selbst sorgen müsse und nicht die Kassen durch all die kleinen Arbeitslosigkeitsfälle überlastet werden dürften. Er habe schon vor zwanzig Jahren einen Vorschlag gemacht, der als geeigneter Weg der Arbeitslosenversicherung gangbar wäre. Die Arbeitslosen, die durch die natürlichen wirtschaftlichen Erscheinungen in ihre schlechte Lage gebracht worden sind, sollten durch die Unfallberufsgenossenschaften unterstützt werden (wirtschaftlicher Unfall!) und die persönlichen Gründe der Arbeitslosen (Streit, eigene Rindigung usw.) sollten von den Gewerkschaften unterstützt werden.

Beveridge, Direktor der staatlichen Arbeitslosenversicherung Englands, gibt eine Darstellung der englischen Erfahrungen und spricht auch einer Gliederung nach Berufen in der Versicherung das Wort. Die Hauptgrundlage der Arbeitslosenversicherung müsse der Arbeitsnachweis sein.

Humbert-Berlin: Die Vorschläge des Herrn Jager sind zu wenig positiv und behandeln die Frage als Problem. Der Kongreß sollte sich für beschleunigte Maßnahmen erklären. Die Resolution neigt der englischen Versicherung zu und erklärt zugleich, daß die englischen Erfahrungen unzulänglich sind. Desto mehr sollte darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften schon ganz hervorragende positive Arbeit in dieser Frage geleistet haben. In der 1911 von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften herausgegebenen Denkschrift sind genaue rechnerische Grundlagen gegeben und die meisten öffentlichen Körperlichkeiten haben Kenntnis davon. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands haben 1912 8,9 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Seit 1891 haben sie über 68 Millionen für diesen Zweck aufgebracht. Der Staat und die Gemeinden hätten die soziale Pflicht, diese Selbsthilfe durch öffentliche Zuschüsse zu erleichtern und der Kongreß sollte aussprechen, daß von den Gewerkschaften gegründete Arbeitslosenversicherung das Nächste beste und Notwendigste ist. Die Kölner Wählerversicherungsliste betrachten wir nur als ein interessantes Experiment. Wir sind nicht prinzipiell gegen eine Zwangsversicherung, halten aber davor für die Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge für durchführbar und notwendig. Das sollte auch der Kongreß aussprechen.

Der Kongreß stimmt schließlich folgender Resolution zu: Die internationale Vereinigung nimmt mit großem Interesse Akt von den Feststellungen, die Herr Jager von den in verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen abgeleitet hat; sie beschließt das Mandat des Berichterstatters zu verlängern und ihn zu bitten, die weiteren Fortschritte der Arbeitslosenversicherung zu verfolgen und macht die verschiedenen Sektionen auf die Berichte der Direktion der englischen Arbeitslosenversicherung besonders aufmerksam.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit werden die übrigen Gegenstände sehr kurz behandelt. Ueber

die Frage der internationalen Arbeiterwanderungen hat Dr. Ferrucci-Budapest einen Bericht geschrieben. Er begründet seine Forderung: Die internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möge die Wanderungsfrage in ihr Programm aufnehmen. Die Arbeiterwanderungen sind eine Erscheinung der Arbeitslosigkeit und darum mußte sich unsere Vereinigung damit befassen. Ich hege große Hoffnung, daß das gemeinsame Studium der Vereinigung für gesellschaftliche Arbeiterkämpfe mit dem Komitee für Arbeiterversicherung große Erfolge für die unglücklichste Art der Arbeitslosen, für die Auswanderer, zeitigen wird. Ich glaube, daß schon in kurzem sich eine noch viel größere Konferenz auf dem Arbeitsmarkt ergeben wird und daß darum die Wanderarbeiterfrage brennend wird.

Die Frage der Arbeitslosenstatistik kam sehr kurz weg. Die Beteiligung an der Versammlung läßt erkennen, daß schon ein großer Teil der Delegierten abgereist ist. Vom Vorstandstisch wird vorgeschlagen, sich auf die Beschlüsse der Züricher Konferenz von 1912 von neuem zu berufen. Diese Beschlüsse besagen, daß eine genaue Erfassung der Arbeitslosigkeit nicht aus einer einzigen statistischen Unterlage gewonnen werden kann. Die drei hauptsächlichsten Quellen sind: 1. Allgemeine Arbeitslosenzählungen, die durch örtliche — ergänzende oder selbständige — Erhebungen vorzubereiten und zu unterstützen sind; 2. die gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen; 3. die von den Arbeitgebern und von amtlicher Seite veranstalteten Erhebungen über das in den industriellen Betrieben beschäftigte Personal. Das Industrie- und Handelbetriebe, so ist als der Ausgangspunkt jeder genauen und vollständigen Arbeitslosenstatistik die allgemeine obligatorische Volkszählung oder noch besser die Berufs- oder Betriebszählung zu betrachten. Ferner wird auf die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik, auf die Statistik von schon bestehenden Arbeitslosenversicherungen hingewiesen.

Diese Sätze werden angenommen. Dann wurde die Konferenz mit ein paar eifertigen formellen Worten geschlossen.

Soziales.

Ein moderner barmherziger Samariter.

Unsere Leser werden sich des unter der obigen Epigramme in der Nummer vom 30. August v. J. besprochenen Vorfalls erinnern, wonach der praktische Arzt Dr. Friedenthal, Kottbusser Ufer 40, beschuldigt wurde, daß er in mehreren Fällen den im Operationsstuhle liegenden Patientinnen ein unausgefülltes Blatt Papier zur Unterschrift präsentierte, welches sich später als eine auf einen hiesigen Rechtsanwalt ausgestellte Prozeßvollmacht entwickelte. Mit dieser Vollmacht wurde dann im Namen der betreffenden Patientinnen Klage gegen die zuständige Ortskrankenkasse auf Zahlung von Arzthonoraren erhoben. Die Angelegenheit hat auf Veranlassung der geschädigten Kassen zu einem ehrenrätlichen Verfahren gegen Dr. Friedenthal, das in erster Instanz zu einer Verurteilung führte. Wertwürdigerweise weigert sich das Obergericht, von dem Erkenntnis der ersten Instanz, gegen das der Angeklagte Berufung eingelegt hat, den Beteiligten eine Abschrift zu erteilen.

Zur Arbeitslosenfrage mußte das Würzburger Gemeindefolkollegium infolge eines sozialdemokratischen Antrages Stellung nehmen, der beim Magistrat angefragt wissen will, ob reguläre Arbeiten in Aussicht genommen seien und worin diese bestünden, ferner in welcher Weise auch in diesem Jahre für Notstandsarbeiten vorgezogen sei; weiter wird an einen schon bei der vorjährigen Erörterung eingebrachten und angenommenen sozialdemokratischen Antrag erinnert, die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Erwägung zu ziehen, und um Auskunft zu geben, ob der Magistrat in dieser Frage schon Stellung genommen habe. Nach Abschluß einer Debatte, in der auf bürgerlicher Seite das Wort fiel, man müßte aber eine Arbeitslosenunterstützung für Arbeitgeber schaffen, wurde der Antrag mit einem liberalen Zufall angenommen, daß man in der Frage der Arbeitslosenversicherung „keine Stellung nach irgendeiner Seite nehmen wolle“. Diese Klausel ist durchaus liberal.

Die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes mit obligatorischem Wohnungsnachweis ist in Kürnberg schon vor fünf Jahren von den sozialdemokratischen Gemeindevetretern verlangt worden, damals gelang es aber dem Treiben der Hausagrarier, das Zustandekommen einer solchen Einrichtung zu verhindern. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen hat nun der Magistrat auf einen neuen sozialdemokratischen Antrag beschlossen, die bestehenden Einrichtungen für Wohnungsstatistik, Wohnungspflege und Wohnungsfürsorge zu einem städtischen Wohnungsamt zusammenzufassen und ihm einen Wohnungsnachweis mit obligatorischer Meldepflicht anzuschließen.

Briefkasten der Redaktion.

— Schöneberg 52. 1. Nur von der Staatseinkommensteuer. 2. Ein gefälschter Hehl der Karolingerzeit. 3. u. 4. Straße Alexanderplatz — Schöneberg im Jahre 1898. 5. Rein. — Pflanze. Senden Sie sich an den Verein „Hauspflege“, Adresse Frau Kirchner, Berlin NW. 21, Alt-Postamt 90.
— G. J. 41. Ist nicht im Briefkasten zu behandeln. — G. J. 72. Fragen Sie an den dem Genossen Emilie Hagedorn, Ralson du Peuple in Brüssel.

— N. 2. 1004. Sachgemäße Auskunft erteilt die Zentralkasse für Kaufmännische Berlin, Karlshof 9/10. — Ernst 31. Sprechen Sie mal persönlich bei der Stützungsdeputation des Magistrats vor, Poststr. 16. — N. 2. 102. Senden Sie sich direkt an die freiwillige Gemeinde, Pappelallee 15/17. — G. E. 40. Fragen Sie bei der Flug- und Sportplatz-Gesellschaft Berlin-Johannisthal an, Berlin, Potsdamer Str. 112. —

Marktpreise von Berlin am 6. September 1913, nach Ermittlungen des Igl. Vollgepriesbüros. Rals (mizd), gute Sorte 17,00—17,20, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Rals (rumber), gute Sorte 15,10—15,40, mittlere 4,70—4,80, Deu 6,00—7,70.

Marktpreise von Berlin am 6. September 1913, nach Ermittlungen des Igl. Vollgepriesbüros. Rals (mizd), gute Sorte 17,00—17,20, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Rals (rumber), gute Sorte 15,10—15,40, mittlere 4,70—4,80, Deu 6,00—7,70.

Witterungsübersicht vom 8. September 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Emmende.	771,6	1	Wester	15	Sabaranda	766,8	2	Wester	8
Gamburg	771,0	1	Wester	12	Petersburg	766,8	1	Wester	6
Berlin	771,0	1	Wester	12	Scilly	771,8	1	Wester	14
Frankfurt	769,8	1	Wester	12	Aberdeen	760,8	1	Wester	9
München	767,8	4	Wester	11	Paris	766,8	2	Wester	14
Wien	769,8	1	Wester	12					

Wetterprognose für Dienstag, den 9. September 1913.
Viellicht wolfig, am Tage ziemlich mild bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand		am	seit	Wasserstand		am	seit
		7. 9.	6. 9.			7. 9.	6. 9.
		cm	cm			cm	cm
Remel, Lüft	162	-6		Saale, Grochitz	68	-2	
Regel, Ansternburg	16	+4		Saale, Gumbau	17	-1	
Weiße, Thurn	314	-23		Rademund	10	-4	
Dier, Ratibor	210	-12		Spre, Spremberg	82	-2	
Wasser, Krossen	255	-1		Bestow	80	0	
Frankfurt	227	-8		Weser, Minden	106	+1	
Barthe, Schrumm	98	+8		Weser, Minden	178	+1	
Landberg	94	+4		Rhein, Wermilankau	467	+3	
Rege, Boddamm	10	-2		Raub	223	-2	
Elbe, Peitmeritz	18	-13		Rhein	202	-2	
Dröben	-99	-9		Rehar, Quellbrom	125	+65	
Borsby	110	+2		Rain, Samau	120	+5	
Rogdeburg	90	+1		Rosel, Arier	-	-	

+ bedeutet Hoch, — Fall, — Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Am 6. d. M., vormittags 10 Uhr, erlitt mir der Liebste mein geliebter Mann, den treuergebenden Vater meiner Kinder Friedrich Schrader im Alter von 34 Jahren. Schmerzhaft zeigt dies hiermit an.
Anna Schrader geb. Jakob.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
70a

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 6. September verstarb unser Mitglied, der Radierer Friedrich Schrader. Gneisenaustr. 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
206/10 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Sektion der Lackierer.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, indem wir den Mitgliedern zur Nachricht bringen, daß unser Kollege Friedrich Schrader verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.
135/6 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 6. d. M. verstarb unsere Genossin Frau Luise Müller (Hochmeisterstraße 23, Bez. 520).
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Heilmann-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
230/2 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 6. September verstarb unser Parteigenosse, der Glaser Richard Steffen Selchower Straße 3, 2. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 9. Septbr., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
238/8 Der Vorstand.

Karl Wanzlick

Am 64. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetäubt an
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Wwe. Berta Wanzlick, nebst Kindern, Berlin-Treptow, 8. Septbr. 1913, Am Treptower Park 27.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus nach dem neuen Treptower Gemeindefriedhofe, Kleinhofstraße, statt.
217/8

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Robert Brunzel am 5. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Epiphania-Kirchhofes in Stahnsdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
125/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.
Am 6. September starb unser Mitglied, der Holzer Gustav Lehmann (Bezirk Nordend I).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Heilmann-Kirchhofes in Nordend aus statt.
145/2 Der Vorstand.

Lydia Reinholdt Roggenwald.

Am 4. September, nachmittags 4 Uhr, starb plötzlich an Herzkrämpfen unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Lydia Reinholdt Roggenwald.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung hat bereits auf Wunsch der Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.
216/5

Witwe Marie Klein

Am Sonnabend verschied plötzlich meine liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, die trauernden Hinterbliebenen.
Dies zeigen tiefbetäubt an die trauernden Hinterbliebenen.
Otto Klein.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
53/8

Adolf Fröschke

am Sonnabend, den 6. September, plötzlich verstorben ist.
Die trauernden Geschwister und Verwandten.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilmann-Kirchhofes, Niederhörschhausen-Nordend, aus statt.
34a

Franz Wagner

Am 6. September starb unser Mitglied, der Holzer Anna Wagner nebst Kindern.
Von der Reise zurück: Dr. med. W. Kramm, Ackerstr. 79.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer.

Inh.: P. Gollets
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin

Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.
Änderungen sofort.

Kranzspenden Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 60, Tel. Mpl. 7908.

Tätowierung

entfernt Dr. Schenkemann Spezialarzt für Hautkrankheiten Berlin S., Oranienstraße 132.

Urban
det seh' ick jetzt janz klar, putz doch die Stiebel wunderbar!
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Theater.

Dienstag, den 9. September.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Regl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Regl. Schauspielhaus. Web' dem, der lügt.
Deutsches. Der blaue Vogel.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach Rom.
Kammerpiele. Französische.
Reines. In Unigleit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Serria.

Deutsches Schauspielhaus. Sieben tolle Tage.
Schiller O. Freiwild.
Schiller Charlottenburg. Moral.
Deutsches Opernhaus. Fabelo.
Berliner. Ritzmauer.
Thalia. Puppen.
Theater am Kolonnenplatz. Die Kino-Königin.
Kafino. Der Wirtentor oder Garuso auf Teilung.

Trianon. Der abgerissene Glockenzug Untreu.
Herrnfeld. Liebesprobe. Schonzeit-Jäger.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Königgräzer Straße. Das vierte Gebot.

Prater. Johanniszauber.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Lustspielhaus. 777:10.
Dose. Die Schiffbrüchigen.
Zuften. Dorf und Stadt.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Folies Caprice. Die Mißgeburt.
Walhalla. Der Liebesonkel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Siebenjährigen.
Admiralspalast. Eisballett: Hirt in St. Moritz.

Anfang 9 Uhr.

Operntheater. In Vorbereitung:
Die Reise um die Erde in vierzig Tagen.
Gr. Ausstattung mit 1. 22 Bildern v. Paul Freund. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Passage-Panoptikum
Der Mann mit der eisernen Faust
d. größte Kraftphän. aller Zeiten lebend zu sehen!
Die Offenbarungen der Traumalerin Frau Assmann.
d. Aufsch. d. wissensch. Kreise.
AGA die schwed. Jungfrau.
Buddha die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Volgt-Theater
Badstraße 38.
Morgen, Mittwoch, 10. September:
Eröffnungsvorstellung für die Mittwochabonnenten.
Der Mann im Monde
Fosse m. Gef. 1. 5 Bild. v. E. Jacobson.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Ritter Baldrian.
Schwan von Otto Härtig.
Das Adoptivkind.
Von Leonh. Gastel. Musik v. Steinte.
Die Mißgeburt.
Fosse v. Härtig u. Theo. Dalton.

Neue Welt.
Hasenheide 108/114.
Mittwoch, den 10. September:
Cyberetten-Gastig.
Durchschlagender Erfolg des Metropol-Theaters.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akt. v. Jean Gilbert.
Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Vorverkaufsbillets v. 3 Pf. bis 1,50 Pf. bei Loefler u. Wolff, Reußlin, Berlinerstr. 1; Böckmann, Reußlin, Bergstraße Ecke Rosenstraße, und im Restaurant „Neue Welt“.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgräzer Straße
8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Theater am Nollendorfplatz.
Ensemble-Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Künstlertheater Sozietät
Nürnbergstraße 70/71, gegenüber dem Zoologischen Garten.
Dienstag, 16. Septbr., abends 7 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung
Wilhelm Tell, Inszeniert von Dir. (Die Ausgabe der Billets erfolgt täglich v. 10-11 1/2 Uhr a. d. Kaffe d. Theat.)
Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Gastspiel Julius Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente.)
Schwank in 3 Akt. v. M. Hennequin und P. Veber.
Morgen u. folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 122.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
Auf der Garrenbühne:
Ueberr großen Teich.
Borch. Konzert. Varietékunst. Anf. 6 1/2.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
(Meyzel, Britton, Schrader etc.)
Neu engagiert:
Komiker
Ruselli.
Anfang 8 Uhr.

ZOOLOG

ischer Garten
Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M. von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 0,50 v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! **AQUARIUM**
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Metropol-Theater.

In Vorbereitung:
Die Reise um die Erde in vierzig Tagen.
Gr. Ausstattung mit 1. 22 Bildern v. Paul Freund. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Passage-Panoptikum

Der Mann mit der eisernen Faust
d. größte Kraftphän. aller Zeiten lebend zu sehen!
Die Offenbarungen der Traumalerin Frau Assmann.
d. Aufsch. d. wissensch. Kreise.
AGA die schwed. Jungfrau.
Buddha die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Volgt-Theater

Badstraße 38.
Morgen, Mittwoch, 10. September:
Eröffnungsvorstellung für die Mittwochabonnenten.
Der Mann im Monde
Fosse m. Gef. 1. 5 Bild. v. E. Jacobson.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.

Abendlich 8 1/2 Uhr:
Ritter Baldrian.
Schwan von Otto Härtig.
Das Adoptivkind.
Von Leonh. Gastel. Musik v. Steinte.
Die Mißgeburt.
Fosse v. Härtig u. Theo. Dalton.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114.
Mittwoch, den 10. September:
Cyberetten-Gastig.
Durchschlagender Erfolg des Metropol-Theaters.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akt. v. Jean Gilbert.
Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Vorverkaufsbillets v. 3 Pf. bis 1,50 Pf. bei Loefler u. Wolff, Reußlin, Berlinerstr. 1; Böckmann, Reußlin, Bergstraße Ecke Rosenstraße, und im Restaurant „Neue Welt“.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: **Dorf und Stadt.**
Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: **Der Liebesonkel.**
Ritmoth und Donnerstag: **Web' dem, der lügt!**
Bosse mit Gesang und Tanz.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.
Eröffnung
der Wintersaison 1913/14
Sonnabend, den 13. Septemb.,
abends 8 Uhr.

Die CINES Theater
„CINES“
Friedr. Wilhelmstädt. Theater
Variété-Lichtspiele
in künstlerischer Vollendung.
Eröffnung
12. September
Preise von 65 Pf. an aufwärts.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsfor. Def.: Ernst Liebing.
Dienstag, den 16. September: **Volks-Konzert**
Blüthner-Orchester (60 Künstler)
Dirigent Guido von Fuchs
und der **Königlichen Kammerängerin Elisabeth Böhm van Enderl**
Anfang 8 1/2 Uhr. Abendklasse 1 M.
Billets im Vorverkauf 30 Pf. sind bei den „Vorwärts“-Spezialitäten Manisch, Uferstr. 174, und Zucht, Jannaustr. Nr. 12, zu haben.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr: **Untreu.**
Borher: Der abgerissene Glockenzug.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kottbuscher-Allee 7-9.
Täglich:
Johanniszauber.
Oper-Burleske in 3 Akt. v. B. Gerde. Musik von R. Schmidt.
Erstklass. Spezialitäten, Konzert. Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballetten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich Flirt in St. Moritz. Beginn d. Vorstellung 1/2 9 Uhr. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Casino-Theater
Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Berl. Postenschlager:
„Der Aktien-Tenor oder Garuso auf Teilung“.

SECHSMAL
schneller als jedes andere Mundwasser vernichtet das **Pfefferminz-Lysoform** die Bazillen in Mund und Rachen
Fl. M. 1,— und M. 2,—.

Koche mit Knorr
Knorr-Suppenwürfel
schmecken am besten!
Knorr-Suppenwürfel
sind am ausgiebigsten!
Knorr-Suppenwürfel
sind darum am preiswertesten:
46 Sorten, wie Königin, Tomaten, Weibertreu usw.
1 Würfel 3 Teller 10 Pfennig.
Ebenso anerkannt sind **Knorr-Hasfermehl, Hasferlocken.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Manewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV. 3014.

BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Koenigsstadt 3088, 4088/90
EIN GUTER TRUNK AN STAMMTISCH UND IM HAUSE sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Ueberall zu haben in Flaschen, Kannen und Bypfons.

JOSEFETTI
Cigaretten
JUNO 2 1/2

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis, dritte Abteilung. Für die Bezirke 216—220a findet ein gemeinschaftlicher Wahlabend bei Augustin, Oranienstraße 103, statt. Vortrag des Genossen Brückner über: „Die Volkswirtschaft“.

Wilmersdorf-Palast. Am Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, finden vier Abteilungsversammlungen statt: Restaurant Pöche, Paulsbörner Str. 26 (1. und 2. Bez.); Restaurant Pfalzburger Str. 66 (3., 4. und 5. Bez.); im „Viktorgarten“, Wilhelmstraße 114/115 (6., 7. und 8. Bez.); Restaurant Kauer, Durlacher Str. 7 (9a., 9b. und 9c-Bez.). Tagesordnung: 1. Parlamentarismus und direkte Aktion. Referenten: Genossen Fabian, Groger, Hilbig, Wermuth. 2. Freie Aussprache. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen dringend erwünscht! Gäste willkommen! Der Vorstand.

Alt-Steinide. Mittwoch, den 10. September, Wahlabend des ersten Bezirkes bei Henschel, Grünauer Straße, zweiter Bezirk bei Bahr, Köpenicker Str. 45. Für den Distrikt Falkenberg findet der Wahlabend Sonnabend, den 18. d. M., bei Meier, Straße am Falkenberg statt.

Schmargendorf. Die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins findet morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant D. Goeths (Waldlager), Warnemünder Str. 14, statt.

Johannisthal. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, im „Arbeiterheim“, Restaurant Lindenhof: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung, 2. Diskussion der aktuellen Parteifragen.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Berge, Friedrichstraße 112: Gemeindefachliche Wahlabend. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Sepp Dertter über Arbeitslosenversicherung.

Spandau. Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, gemeinschaftlicher Wahlabend der Bezirke 1—4 bei Madegk, Bismarckstraße 8.

Berliner Nachrichten.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Eine Straße in einem Vorort. So nach sechs Uhr abends. Ich stehe vor einem Hause und warte auf einen Bekannten, der aus der Arbeit kommen soll.

Die Straße steigt hügelig an. Kurz vorher war ein Gewitterschauer niedergegangen und da rieselt das Wasser noch im Rinnsale nieder. Ein kleiner, barfüßiger, schmertiger Junge im zerfetzten Gewand geht hin und her. Ich beobachte ihn. Oben auf der Steigung läßt er eine hohle Ruffschale in den Rinnsal gleiten und folgt ihr dann langsam. Dicht vor dem Kanalgitter greift er in das Rinnsal, trägt die Ruffschale dann behutsam hügelan, läßt sie abermals in das Rinnsal gleiten, folgt wieder unermüdet, ganz vergnügt. . . Er hat sicher keine andere Spielsache. Und muß sich mit dem Bescheiden, was andere verächtlich fortwerfen, mit der leeren Ruffschale — mit Rinnsalsteinen.

Ein anderer kleiner Junge steht in seiner Nähe. Auch ärmlich, aber rein gekleidet. Er hat die Hände in den Hosentaschen und späht aus. Er scheint jemand zu erwarten.

Da kommt von oben her ein kleiner, feingekleideter, pausbaciger Junge an der Seite seiner „Mademoiselle“. Er schlenkert mit den Armen, reißt sich jeden Augenblick los — kurz ein rechtes Mutterjöhnchen. Wie der nun an dem kleinen spielenden Jungen vorbeikommt, pufft er ihn in die Hüfte. Der Junge fährt mit einem Schrei auf, da gleitet die Ruffschale gerade durchs Kanalgitter. Und jetzt spießt das Mutterjöhnchen nach dem Kleinen. Der fängt leise zu weinen an und schleicht fort. Sein einziges Spielzeug ist ja verloren. Und der Schlag schmerzt so . . .

Der andere kleine Junge aber, der mit den Händen in der Hosentasche wartend dort steht, zieht diese jetzt heraus und man sieht zwei geballte kleine Fäuste. Und seine Augen funkeln. Er kennt schon so ein Mutterjöhnchen. Und richtig: wie es bei ihm ist, will er auch die fien Jungen puffen. Aber der stürzt auf ihn los und prügelt ihn. Die Mademoiselle will den Angriff abwehren, aber es nützt nichts — der Junge hält erst inne, bis er ganz müde ist.

Da gehe ich zu ihm hin und streichle ihm den Kopf. Aber er weicht ab. Er sagt nur: „Ich werd' mich doch nicht schlagen und anschreien lassen — von so Einem!“ Wie er das sagt: „Von so Einem!“ Aber mehr will er über den Vorfall nicht sprechen. Doch noch eines erfahre ich: er ist der Sohn meines Bekannten.

Der kommt gerade. Ruhig, wieder die Hände in den Hosentaschen, geht der Junge dem Vater entgegen und begrüßt ihn. Aber er erwähnt kein Wort von dem Vorfall. Ist er ihm zu unwichtig, zu alltäglich?

Nun begrüßte ich den Vater, weise nach dem Jungen, der geprügelt und seiner einzigen Spielsache beraubt, sich leise und ohne Abwehr weinend davongeschlichen hat, und frage: „Wem gehört denn der Junge dort?“

„Der? Dem Schmidt! Auch ein Kleiner, aber“ — ein verächtliches Nuckeln — ein eckter Gelber!“

Und da fährt mir die Alltagsweisheit durch den Kopf: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Und mich drängt es, diesen Jungen zu lieblosen, der so selbstischer dahinschreitend, die Hände in den Hosentaschen und fest entschlossen ist, sich niemals etwas gefallen zu lassen — „von so Einem“.

Vom preussischen Städtetag.

In der letzten Vorstandssitzung des preussischen Städtetages, die am 8. d. M. im Berliner Rathaus stattgefunden hat, ist die endgültige Tagesordnung für die Breslauer Hauptversammlung am 6. und 7. Oktober festgestellt worden. Neben dem Wohnungsgesetzentwurf sollen auch die bevorstehenden Änderungen des Kommunalabgabengesetzes besprochen werden; der Bericht über das Kommunalabgabengesetz wird der Geschäftsführer des preussischen Städtetages Dr. Luther erstatten. Zum Kommunalabgabengesetz hat der Vorstand auch eine Denkschrift an die Staatsregierung eingeben beraten, die alle Fragen des Kommunalabgabengesetzes erörtert. Der Vorstand nimmt darin sehr bestimmt gegen die geplante Beschränkung der städtischen Steuerhoheit im Gebiet der Grundsteuer Stellung und legt dar, daß etwa gebotene Einschränkungen der im übrigen zu Unrecht angeforderten Steuer nach dem gemeinen Wert sachgemäß nur in der einzelnen Gemeinde durchgeführt werden können und niemals durch eine allgemeine gesetzliche Formel. Auch die ministerielle Ausschüttungsanweisung zum Sparkessengesetz, gegen die bei den Städten lebhaftes Bedenken obwalten, wurde besprochen. Ferner soll bei der Staatsregierung eine angemessene Entschädigung der Städte für den Fall beantragt werden, daß sie bei der Veranlagung und Erhebung der Vermögenssteuer herangezogen werden. Endlich wurden die Leitsätze festgestellt, die der Vorstand der Breslauer Hauptversammlung zum Wohnungsgesetzentwurf vorschlagen will.

Das Ständchen der Schulkinder im Schloßhofe.

Die in weiten Kreisen eingetretene Mitstimmung über die frühe Entlassung der 7000 Schulkinder vom Schloßhofe (ohne den schon seit 5 Uhr früh auf den Weimen gewesenen Kindern eine Erfrischung zu reichen) soll nun nachträglich auf eine sonderbare Weise noch beseitigt werden. Es wird berichtet, daß der Kaiser angeordnet habe, sämtlichen Kindern und Helfern an dem Zustandekommen des Jubiläumständchens am 16. Juni im Schloßhofe die Reproduktion eines Kaiserbildes als Erinnerung zuzustellen. Damit wird wenigstens die Erinnerung an den 16. Juni eine dauernde. Ob angenehme, ist eine andere Sache!

Todessturz aus dem Fenster.

Gestern morgen gegen 7 Uhr stürzte sich die 40jährige Magistraatssekretärin Amanda Vodek aus einem Fenster der dritten Etage des Hauses Jietenstr. 26 zu Schöneberg. Die Lebendmüde schlug auf den gepflasterten Hof auf und zog sich außer einem doppelten Schenkelbruch einen Bruch der Wirbelsäule zu. Die Schwerverletzte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sie kurz nach der Einlieferung starb. Das Motiv zu der Tat ist in dem Kummer zu suchen, in den die Frau durch drei kurz aufeinander folgende Todesfälle unter ihren Kindern geriet. Die Tote hinterläßt zwei ummündige Kinder, von denen das jüngste vier Jahre alt ist.

Automobilunglück.

Ein Automobilunfall beschäftigt gegenwärtig die Mariendorfer Polizeibehörde. Am Sonntagabend fuhr der Gärtnerbesitzer Fischer aus der Nagbachstraße in Berlin mit seinem Automobil, in dem sich drei Bekannte des F. befanden, von Jossen nach Berlin zurück. Fischer bemerkte auf der Lichtenrader Chaussee in der Nähe der Rennbahn mehrere verdächtige Gestalten, die sich an den Chausseebäumen zu schaffen machten. In der Annahme, daß hier ein Drahtseilattentat geplant werde, brachte er seinen Kraftwagen schnell zum Halten und stieg mit seinen Bekannten ab, um den Fall zu untersuchen. Es kam schließlich zwischen den Automobilisten und den Unbekannten zu einer Schlägerei. Schließlich zogen sich die Verdächtigen zurück und die vier Herren bestiegen ihr Fahrzeug wieder. Fischer kurbelte den Motor an und wollte eben das Trittbrett besteigen, als ein anderes ebenfalls von Jossen kommendes Automobil in schnellstem Tempo herannahete. Der Chauffeur des fremden Wagens bemerkte erst im letzten Augenblick, daß sich ein Mensch vor seinem Wagen befand und wollte das Auto herumreißen. Es war jedoch schon zu spät. Fischer wurde von dem linken Kopfteil des anderen Gefährts erfaßt, wobei sein Mantel sich in der Scheinwerferanlage verfang. So wurde der Gärtner etwa 200 Meter weit mitgeschleift, ohne daß der Fahrer sein Gefährt zum Stehen brachte. Endlich stürzte der Gärtner zu Boden und blieb blutend und bewußtlos liegen, während der gewissenlose Chauffeur in rasendem Tempo weiterfuhr. Da das hintere Kennzeichen des Automobils unbeleuchtet war, konnte die Kollision nicht festgestellt werden. Die Freunde des Schwerverletzten waren über den Vorfall so bestürzt, daß sie dem Verunglückten zunächst nicht zu Hilfe eilten, sondern die Polizeibehörde benachrichtigten, deren Beamte Fischer schließlich in das Marienheim brachten, wo schwere innere und äußere Verletzungen festgestellt wurden.

Nach Meldung von anderer Stelle sollte bei der Bahnstation Buschdorf, in der Nähe von Schmöllwitz, ein Automobil einen Mann totgefahren haben. Die Insassen, ein Herr und eine Dame aus Berlin, sollten den Toten in den Graben gelegt haben und dann weitergefahren sein. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Buschdorf mitgeteilt wird, liegt dieser Verdrüssliche ein harmloser Vorfall zu Grunde. Sonntagabend in der Dunkelheit fuhr ein Auto an einem Manne vorbei, der bewußtlos auf der Chaussee lag. Die Insassen stiegen aus und stellten fest, daß es sich um einen Betrunknen handelte, den sie an den Chausseerand legten. Von Kindern, welche diesen Vorgang aus der Ferne beobachtet hatten, wurde dann die irreführende Nachricht verbreitet.

Auf der Suche nach einem eigenen Heim

wollte sich ein Liebespärchen befinden, das zu vermietende, aber noch bewohnte Räume eigens zu dem Zwecke besuchte, um Gelegenheit zu Diebstählen zu erhalten. Ein früherer Kaufmann Ernst Klalle und dessen Geliebte Elisabeth Worms gaben sich bei den Verwaltern oder Hausbesitzern als Brautleute aus und ließen sich die Wohnungen unter dem Vorwande zeigen, daß sie auf der Suche nach einem freundlichen Heim seien, das sie sich in aller nächster Zeit gründen wollten. Sie wählten bei ihren Besichtigungen nur Wohnungen aus, deren bisherige Inhaber noch nicht ausgezogen waren. Bei den Abmessungen, ob ihre angeblich schon gekaufte Einrichtung auch in die Räume passe, verstand einer von beiden, irgendeinen wertvollen Gegenstand unbemerkt verschwinden zu lassen. Es gelang ihnen auf diese Weise, eine ganze Reihe von Familien in Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau und Wilmersdorf zu bestehlen. In der Hardenbergstraße wurde der Mann gerade beobachtet, als er eine silberne Handtasche verschwinden ließ. Der Dieb wurde festgenommen, während dessen Begleiterin Gelegenheit fand, zu verschwinden. Gestern konnte aber auch sie dingfest gemacht werden.

Seglerunglück auf der Dahme.

Ein aufregender Vorfall, der die gerechte Entrüstung des Publikums hervorrief, ereignete sich am Sonntag nachmittag in der Nähe von Grünau. An der allen Seglern bekannten „Sammelede“ kenterte ein kleines Segelboot „Marickchen“, in dem sich ein Herr und eine Dame befanden. Da die Dame des Schwimmens nicht kundig war, mußte ihr Begleiter sie über Wasser halten. In diesem Augenblick fuhr das Motorboot „Fahrtwoll“, das zu Vergnügungsfahrten vermietet wird, vorüber. Obwohl der Führer das Kentern des Segelbootes gesehen hatte und ihm vom Ufer aus von verschiedenen Seiten zugerufen wurde, helfend eingzugreifen, kümmerte er sich nicht im geringsten um die mit den Wellen Ringenden und fuhr weiter. Schließlich kam vom Lande aus ein anderes Motorboot den beiden Verunglückten zu Hilfe und vermochte noch zur rechten Zeit die beiden Erschöpften aufzunehmen.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, macht gelegentlich des bevorstehenden Umzugssterms auf seine kostenfreie Vermittlung von ungelerten Arbeitern zu Umzügen aufmerksam. Es wird gebeten, die Verstellungen rechtzeitig anzugeben. Telefon Amt Norden 9791/97. Auch ist die persönliche Annahme der Arbeiter durch den Arbeitgeber oder dessen Beauftragten zulässig und erwünscht. Bei der großen Zahl der den Arbeitsnachweis aufsuchenden Verlorenen kann allen Ansprüchen sofort und sachentsprechend nachgekommen werden.

Waffenunfälle bei einer Regimentsübung.

Das Generalkommando des Gardelcorps teilt zu dem Artikel in Nr. 234, 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 30. August 1913, mit: „Es sind nicht 82, sondern 2 Mann nach dem Einrücken in die Kasernen vom Hitzschlag betroffen worden. Hieron ist Sergeant

Domine an Herzschwäche gestorben, während das Befinden des anderen in das Lazarett überführten Mannes zurzeit gut ist.

Von Seiten des Generalkommandos. Für den Chef des Generalkommandos: v. Thaeer, Major.

Hierzu ist zu bemerken, daß in der fraglichen Notiz gar nicht behauptet worden ist, daß die Unfälle sämtlich erst nach dem Einrücken in die Kasernen passierten. Erkundungen, die wir nach den verschiedensten Richtungen angestellt haben, bestätigten die Zahl von 32 Erkrankungsfällen, wovon der größere Teil eben während der Uebung selbst sich ereignet hat.

Auf verhängnisvolle Weise hat der 37jährige Arbeiter Karl Schwarz aus Königswusterhausen den Tod gefunden. Er hatte einen Ausflug nach dem bei Wusterhausen gelegenen Dorfe Ralbinchen unternommen. Als er in vorgerückter Abendstunde den Heimweg antrat, irrte er sich vom Wege ab; er geriet an den Rottekanal heran und stürzte die steile Böschung hinab ins Wasser. Da der Verunglückte des Schwimmens unkundig war, so mußte er hilflos ertrinken. Die Leiche wurde gestern mittag geborgen.

Brandunglück in der Lühowstraße.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern früh in der Lühowstraße 61 zugetragen. Im dritten Stock des Gartenhauses wohnte dort seit mehreren Jahren die Modistin Anna Maria Paßler, die sich ihren Lebensunterhalt durch Abvermieten von Zimmern erwarb. In letzter Zeit war sie aber sehr tränklich und mußte ihre Champagnegarnisten aus diesem Grunde ziehen lassen. Sie lebte ganz zurückgezogen und schrieb an ihre Verwandten und Bekannten, daß sie sich sehr krank fühle und ärztliche Hilfe benötige. In der letzten Nacht muß sie anscheinend wieder von ihrem Leiden sehr befallen worden sein. Sie stand kurz nach 8 Uhr morgens aus dem Bett auf, um sich Umschläge zu machen. Hierbei ist sie vermutlich ohnmächtig geworden, so daß sie zu Boden stürzte und die brennende Lampe in Trümmer ging. Eine Sticht Flamme setzte die Kleider der Frau in Brand und die Unglückliche erlitt hilflos den Verbrennungstod. Das Unglück wurde erst bemerkt, als Rauch aus der Wohnung der Modistin drang. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, die gewaltsam in die Wohnung eindrang und die Modistin mit vollständig verbranntem Kopf als Leiche vorfand. Das Feuer hatte auch einen Teil des Fußbodens erfaßt, wurde aber schnell gelöscht. Die Leiche wurde der Polizei übergeben.

Zu der Familientragödie in der Siegnitzer Straße, wo, wie wir ausführlich berichteten, der Hauswirt Braun mit seiner Frau und seiner 20 Jahre alten Tochter freiwillig den Tod suchte, wird uns mitgeteilt, daß jetzt alle drei Personen an den Folgen der Gasvergiftung gestorben sind. Die Tochter verschied bereits am Sonntagabend, am Tage darauf folgte ihr die Mutter in den Tod und gestern ist auch der Mann verschied.

Von Einbrechern gewürgt und beraubt wurde gestern nachmittag die Portierfrau Marie Dufow vom Küstriner Platz 7. Die alleinstehende Frau hat dort eine kleine Kellerwohnung inne, die kurz nach Mittag ohne Aufsicht zu stehen scheint. Einbrecher, die dieses ausgekundschaftet hatten und mit den örtlichen Verhältnissen genau vertraut gewesen sein müssen, gedachten diese Zeit zu einem ungeladenen Besuch auszunutzen. Frau Dufow leidet jedoch an einer Lungenkrankheit und hatte sich, weil sie sich gestern nicht wohl fühlte, angekleidet auf das Bett gelegt. Plötzlich hörte sie, wie von außen versucht wurde, ihre Türe gewaltsam zu öffnen. Zur gleichen Zeit drang ein junger Kurfische von 17 bis 18 Jahren durch das Kellerfenster ein und warf sich, als er unvermutet die Frau antraf, auf diese, warf sie auf den Fußboden und würgte sie so stark, daß sie die Bewußtsein verlor. Dann raubte er ihr ein Portemonnaie mit sechs Mark und ergriff mit seinem Spiegegfesellen, der sich vergeblich an der Tür zu schaffen gemacht hatte, die Flucht. Sie entliefen auch beide. Eine Hausbewohnerin sah sie noch davonlaufen, doch wußte diese nicht, um was es sich handelte. Ihr Einbrecherwerkzeug, darunter das Stemmisen, mit dem sie die Tür aufzubrechen versuchten, wurde später noch vorgefunden. Auf die Ergreifung der gefährlichen Kurfischen ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt worden. Der eine, der die Frau würgte und beraubte, ist schlank und trug eine blaue Kapitänmütze, deren Dedel hinten und vorn etwas höher war und ebenso, wie sein Spiegegfeselle, der etwa 18 Jahre alt gewesen sein mag, einen blauen Anzug.

Die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft hatte für die Ausstellung der Laubenkolonisten zwei silberne Medaillen gestiftet, von denen eine dem Verein „Gemütlichkeit“, die andere Herrn Karl Roder für Einzelleistungen zugesprochen wurde.

Vorort-Nachrichten.

Neutöln.

Stadtverordneten-Ersatzwahl.

Am Freitag, den 12. September, findet die Stadtverordneten-Ersatzwahl im 2. Bezirk für die II. Abteilung statt.

Wir richten an die Genossen das dringende Ersuchen, alles aufzubieten, damit unser Kandidat, der Genosse Restaurateur Richard Felsch, als Sieger aus der Wahl hervorgeht.

Spielpartie. Am Mittwochnachmittag findet wieder eine Spielpartie nach dem Banterswald statt. Die Kinder treffen sich um 2 Uhr am Bienenbrückplatz. Es wird auf zahlreiche Beteiligung der Kinder gerechnet.

Ueber eine Märchenveranstaltung des Vereins für Volkserziehung und Unterhaltung zu Neutöln (Körperschaftl. Mittgl. d. Ges. für Verbreitung von Volkserziehung) wird uns geschrieben: „Wenn die Erwartungen auch in Anbetracht des niedrigen Eintrittsgeldes (10 Pf. reserv. Platz 20 Pf.) nicht sehr hoch gespannt waren, so wenig hatte man doch nicht erwartet. Um 1 Uhr war Kassenöffnung angelegt. Als ich um 1/2 Uhr mit meinen Kindern zur Veranstaltung ging (es war ausdrücklich auf den Zeiteln an den Anschlüssen gewünscht, daß die Eltern die Kinder begleiten möchten, um mit ihren Kindern ein paar „vergünstigte“ Stunden zu erleben) stand schon eine große Zahl Kinder und Erwachsener vor Gröplers Lokal und wartete auf die Kassenöffnung um 1 Uhr. Als dies endlich um 1/2 Uhr geschah, kam man sich das Gedränge denken, das entstand. Im Saale stellte sich heraus, daß die Veranstalter mehr Viszels verkauft hatten, als Plätze vorhanden; nach vielem Zusammenstehen wurden endlich alle untergebracht, ein Teil mußte stehen. Als um 1/3 Uhr der Vorhang hoch ging, sah man ein weiches Licht ausgepannt und — die Laterna magica-Vorstellung begann. Es war wohl niemand im Saale, der geglaubt hatte, er ginge zu einer Kistentopp-Vorstellung; dazu noch zu einer solch minderwertigen. Mehrere Herren, darunter auch der Redakteur vom Neutölnener Tagesblatt, lasen Märchen vor, dazu erdichteten Bilder. Im ganzen wurden vier Märchen sehr schwer verständlich vorgelesen (Peters Reife, Schneewittchen, Proschkönig, Marienkind), dann sangen alle Kinder noch zwei Lieder und dann wars aus. Nach dem Anschlag-

gettel sollte noch ein Märchen veranstaltet werden, aber niemand wartete darauf, alles „rennet, eilet, flüchtet“. Um 1/4 Uhr waren wir und die allermeisten draußen. Die Stimmung war allgemein für so wenig und so schlecht waren auch 10 Pfennig, geschweige denn 20 Pfennig zu viel, es waren zum größten Teil Arbeiterfamilien da, die das Geld sicherlich nicht ausgegeben hätten, wenn sie das vorausgesehen hätten. Die Veranstalter haben wohl selbst das Gefühl gehabt, daß sie dem Publikum zu wenig fürs Geld geboten haben, denn einer der Herren führte in einer kurzen Ansprache aus, daß sie dieses Mal leider nicht eine richtige Vorstellung geben könnten, das aber das nächste Mal „richtige Menschen“ die Märchen spielen werden. — Ob sie auf diese Weise erst das Geld dazu aufbringen wollten? Denn ein Geschäft haben die Herren ohne Zweifel dabei gemacht. Ob's ihnen noch einmal gelingt?

Aldershof.

Genossin Wurm sendet uns folgende Zuschrift: In dem Bericht über die Versammlung in Aldershof: „Für oder gegen den Gebärtreiß“ („Vorwärts“ vom 7. September) sind mehrere Irrtümer enthalten.

1. Nicht auf Oesterreich habe ich hingewiesen, das gegen Deutschland um 9 Proz. schlechter stehe, sondern ich sagte, daß in Frankreich 30 Proz. der weiblichen Bevölkerung erwerbstätig seien, in Deutschland aber nur 30 Proz., was beweist, daß ein Rückgang der Geburten die wirtschaftliche Lage der Frauen nicht bessert.

In Bezug auf Oesterreich verwies ich auf die Tatsache, daß die massenhafte Einziehung von Arbeitern anlässlich der letzten Mobilmachung den Arbeitsmarkt für die Zurückgebliebenen nicht gebessert, sondern verschlechtert habe.

2. Nach dem Bericht war ich mit Dr. Moses „darin einig, daß ein zu großer Kinderkrieg die Arbeiterschaft wirtschaftlich zurückhalte, damit selbstverständlich den Emanzipationskampf hindere“. Das genaue Gegenteil war der Fall. Ausdrücklich habe ich mich gegen diese Schlussfolgerung des Dr. Moses gewandt und wiederholt betont, daß die Geburtenbeschränkung wohl die Lage der einzelnen Frau und Mutter etwas erträglicher gestalten könne, aber nicht geeignet sei, die Klassenlage der Proletarier zu ändern oder zu bessern.

Ich müßte es ganz entschieden ablehnen, auch nur nach einer Richtung den Anschauungen des Genossen Dr. Moses über Gebärtreiß irgendwie beigetreten zu sein.

Brix-Verdov.

Die Ferienspiele, die so günstige Aufnahme gefunden haben, sollen, wenn auch in beschränkter Maße, dauernde Fortsetzung finden. Regelmäßig jeden Mittwoch, auch im Winter, finden Ausflüge statt, um den Kindern neben entsprechenden Spielen mit den Schönheiten der Natur bekannt zu machen. Die Teilnahme an diesen Ausflügen sollten alle Eltern ihren Kindern ermöglichen und dafür sorgen, daß der Kreis der aufstrebenden Jugend immer größer wird. Treffpunkt, jeden Mittwoch 1/2 Uhr. Bahn- und Ringstraßen-Ecke. Das Ziel des nächsten Ausfluges ist die Plattschwiege Tempelhofer Feld.

Ober-Schöneweide.

Die Gemeindevertretersitzungen, welche bislang in der Schulaula in der Freischstraße abgehalten wurden, finden von jetzt ab in der Aula des Realgymnasiums statt. Es ist eine nette Begleiterscheinung einer preußischen sogenannten Selbstverwaltung, daß die Gemeinde als Eigentümerin dieser Anstalt erst die Genehmigung des Provinzial-Schulkollegiums zur Benutzung der Aula nachsuchen mußte, welche jetzt in aller feierlichen Form eingegangen ist. Die erste dort stattfindende Sitzung am heutigen Dienstag, den 8. d. M., nachmittags 5 Uhr, wird sich auch mit einem Antrage auf Schaffung eines kollegialen Gemeindevorstandes zu befassen haben.

Schöneiche (Nieder-Darmit).

Von Hundun überfallen und bis zugerichtet wurde unser Genosse Mühl. Als der alte Mann in später Abendstunde seine Wohnung verlassen wollte, wurde er in der Nähe der Parkstraße von vier Bulldoggen angefallen, umgerissen und an Kopf und Weinen zerfleischt, so daß er stark blutende Wunden davontrug. Durch das Hinzukommen eines Einwohners erst gelang es, die wütenden Tiere zurückzuhalten, die dann zu ihren in kurzer Entfernung befindlichen Besitzern zurückkehrten. Als der Verletzte diese, zwei Frauen, um ihren Namen bat, soll ihm die eine — Frau Marine-Jungenteur Grün, während die andere eine Frau Grabowski war — geantwortet haben: „Ich werde mich hüten, Ihnen meinen Namen zu nennen“. Nicht einmal ein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns soll die Frau gefunden haben. Nur dem Zufall, daß der Zeuge des Vorganges auch die beiden Hundebesitzer kannte, ist es zu danken, daß dem Verletzten wenigstens die Möglichkeit gegeben ist, seine Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Petershagen bei Fredersloh.

In der Gemeindevertreterversammlung vom 6. d. M. wurde beschlossen, betreffs Einführung eines Ortsstatuts für die Straßenreinigung, sich zunächst an eine benachbarte Gemeinde, in der ein solches schon besteht, um Ueberlassung eines solchen zu wenden. Ein Antrag auf Anstellung eines Feldhüters wurde, weil zurzeit nicht mehr angebracht, bis zum nächsten Jahre vertagt. Der aus dem Grundbuch der Wadelischen Gutsverwaltung befindliche Feuerwehrturm soll, da derselbe etwas wacklig geworden, durch einen Sachverständigen besichtigt und durch Streben eventuell neu besetzt werden. Die Anschaffung eines Mannschafstrogens wird, weil vorläufig keine rechte Unterkunft für denselben vorhanden, vertagt. Die am Eggersdorfer Weg stehenden Bäume sollen zur Versteigerung kommen. Der Zuschlag soll an denjenigen erfolgen, der sofort bezahlt und sich verpflichtet, die Stubben mit herauszunehmen.

Spandau.

Der verschärfte Boykott des „Roten Adlers“, der der organisierten Arbeiterschaft durch die Entziehung des Lokals ausgezwungen worden ist, hat nun auch die anderen bürgerlichen Saalbesitzer aus ihrer Ruhe aufgeschreckt. Dieselben haben, da sie auf den Beistand der Arbeiterschaft angewiesen sind, eine Eingabe an den neuen Stadtkommandanten dahingehend beschlossen, ihre Lokale allen Parteien freizugeben zu können, ohne von dem Militärboykott bedroht zu werden. Die Lokalfrage kann natürlich nur dann zu aller Zufriedenheit gelöst werden, wenn die bürgerlichen Saalbesitzer auch ohne Zustimmung des Stadtkommandanten alle Parteien ihre Räume zu Versammlungen zur Verfügung stellen. Herr Richter, der Unterpächter des „Roten Adlers“, empfindet schon seit längerer Zeit keine Räume zu Sedan- und Kaiser-Geburtsstagsfeiern und scheint seine ganze Hoffnung auf diese Geschäfte zu setzen. Bei der ersten Feier ist er ziemlich leer ausgegangen. Die Wichtigkeit der Lokalfrage wird leider insbesondere von den jüngeren organisierten Arbeitern noch nicht voll erkannt. Es darf keine Gelegenheit und keine Sitzung vorübergehen, wo nicht auf den Boykott des „Roten Adlers“ für organisierte Arbeiter hingewiesen wird. Theatervorstellungen wie überhaupt alle Veranstaltungen in diesem Lokal sind von jedem organisierten Arbeiter streng zu meiden. Wenn Herr Richter und Herr Waig nur den Patrioten den „Roten Adler“ zur Verfügung stellen, dann mögen die Patrioten aber auch allein für die Unterhaltung des Lokals Sorge tragen.

Gerichts-Zeitung.

Eifersuchtswahn.

In einer Strafsache wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, die dem Vorloshändler Albert Dertel und dessen Ehefrau vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte, hat — ein seltener Fall — die Anklage erst auf Anordnung des Kammergerichts erhoben werden können. Der Kempnermeister Mehtent

lebt mit Dertel seit längerer Zeit in erbitterter Fehde, da er ihn des Ehebruchs mit seiner Frau verdächtigt. Nachdem er diesen Verdacht wiederholt in Beschimpfungen Ausdruck verliehen, wurde er in die Ebershke Anstalt gebracht, nach 5 Tagen aber auf Antrag seiner Ehefrau wieder entlassen. Als Dertel dann am 19. Januar wegen weiterer Beschimpfungen um polizeilichen Schutz ersuchte, wurde Mehtent zur Polizeiwache sistiert. Der herbeigerufene zuständige Kreisarzt entließ ihn aber und attestierte, daß Mehtent nicht gemeingefährlich sei. Nun stellte Dertel Strafantrag gegen R. In diesem Verfahren schwor Dertel den Ehebruch ab, während die Frau Mehtent die Aussage verweigerte. Es erfolgte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht die Freisprechung des Mehtent, und zwar nach Anhörung des Gerichtsarztes Dr. Strauch, auf Grund des § 51 mit der Begründung, daß bei dem Angeklagten auf dem Gebiete der Eifersucht Wahnbildungen vorhanden seien und er die Straftaten unter einer krankhaften Wahnidee ausgeführt habe. Ueber diese Freisprechung unter dieser Begründung geriet Mehtent in große Erregung und erschien wiederholt vor und in dem Dertelschen Laden und bezeichnete Herrn Dertel mit weithin dröhnender Stimme als „Mein-eidbauer“, „Lump“, „Schuft“ und dergleichen. Das Dertelsche Ehepaar behauptet, daß, wenn Mehtent vor ihrem Laden erschien, die Nachbarn zusammenströmten und man sich gegenseitig zurief: „Der Löwe kommt!“ Am 26. Januar erschien er zweimal vor und in dem Dertelschen Laden und es kam dabei zu einer wüsten Szene, die damit endete, daß, wie die Anklage behauptet und wie das Dertelsche Ehepaar auch zugibt, Mehtent gewaltsam entfernt wurde und durch Schläge mit einem Spazierstock, einem kleinen Eisenstab einige nicht ganz ungefährliche Verletzungen am Kopf und am Arm erhielt. — Auf seine Anzeige leitete die Staatsanwaltschaft aber ein Einschreiten ab, da sie das Vorliegen von Notwehr annahm. Dertel gab im Ermittlungsverfahren an, daß er seinerseits keinen Strafantrag stelle, da Mehtent an „Eifersuchtswahn“ leide und deshalb ein Strafantrag zwecklos sei. Die hiergegen eingelegte Beschwerde wurde von der Oberstaatsanwaltschaft zurückgewiesen.

Gegen diesen ablehnenden Bescheid hat auf Antrag des Rechtsanwalts Ehrenfried das Kammergericht die Staatsanwaltschaft angewiesen, gegen die Dertelschen Eheleute die öffentliche Klage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu erheben. So standen sich denn gestern die Parteien kampfbereit gegenüber: auf der einen Seite der Nebenkläger Mehtent unter Assistenz des Rechtsanwalts Dr. Ehrenfried, auf der anderen das Dertelsche Ehepaar, verteidigt durch Rechtsanwält Dr. Arnold Sohn. Ein Novum war es jedenfalls, daß Herr Mehtent durch Zirkular die berechtigte Nachbarschaft zur Teilnahme an diesem gerichtlichen Turnier eingeladen und dabei auch genau den Zugang zum Zuschauerraum angegeben und mitgeteilt hatte, wie viele Personen dort Platz finden. Es ging in der Verhandlung recht lebhaft zu. Die Angeklagten behaupteten, in Notwehr gehandelt zu haben; sie hätten sich vor dem Nebenkläger überhaupt nicht mehr retten können und seien am 26. Januar dadurch gereizt worden, daß Mehtent gegen Frau Dertel aggressiv vorgegangen sei und sie an die Wand geschleudert habe. Nach Vernehmung des Nebenklägers beantragte der Verteidiger, diesen nicht zu verurteilen, da er wegen mangelnder Verstandesreife und Geistes Schwäche keine Vorstellung von dem Wesen und der Bedeutung des Eides habe. Das Gericht lehnte den Antrag ab und beidigte den Zeugen. Es stellte sich nach längerer Verhandlung heraus, daß die Ladung der einzigen Augenzeugin zum gestrigen Termin nicht hatte erfolgen können und die Sache mußte deshalb vertagt werden. Es wurde beschloffen, diese zu einem nächsten Termin vorzuladen, ferner die Vorprozeduren einzufordern, dagegen wurde der Antrag, Herrn Dr. Strauch zum Beweise der Anglaubwürdigkeit des Zeugen Mehtent zu laden, abgelehnt.

Ein Schwefelsäureattentat gegen die eigene Ehefrau

führte gestern den Arbeiter August Perchner vor die 2. Ferienkammer des Landgerichts I. — Der Angeklagte, welcher seit zwanzig Jahren verheiratet und Vater von fünf Kindern ist, lebte seit April d. J. von seiner Frau getrennt, die sich als Portierfrau mühsam ihren Lebensunterhalt verdienen muß. Die Ehe selbst war von Anfang an nicht glücklich gewesen, da der Angeklagte, wenn er überhaupt arbeitete, seinen Verdienst stets vertrat. Wiederholt forberte er von seiner Ehefrau Geld, um es in den Kneipen durchzubringen. Wenn sie sich weigerte, fiel der Angeklagte über sie her und mißhandelte sie in der rohesten Weise. Außerdem trieb er sich mit anderen Mädchen herum und entwendete, um sich mit diesen amüsieren zu können, seiner eigenen Tochter und seiner Frau die geringen Ersparnisse. Die Frau machte diesen greulichen Zuständen schließlich dadurch ein Ende, daß sie nach Lichtenberg verzog und dort eine Hausreinigungsfirma annahm. Der Angeklagte erklärte dort wiederholt und versuchte unter Drohungen, von ihr Geld zu erlangen. Als er abgewiesen wurde, beschloß er, sich an ihr zu rächen. Am 6. August, gegen 7 Uhr abends, erschien der Angeklagte in dem Hause, bewaffnet mit einer großen Flasche Schwefelsäure. Kaum wurde er seiner Frau ansichtig, als er die Auhmungslofe von oben bis unten mit der ätzenden Säure übergießt. Die an Hals und den Armen schwer verbrannte Frau lief hilflos davon, während der Angeklagte, nachdem er von den empörten Hausbewohnern eine wohlverdiente Tracht Prügel erhalten hatte, der Polizei übergeben wurde. — Das Gericht änderte die brutale Tat dieses „Ruffergatten“ mit einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Gefängnis beantragt.

Verdorbenes Fleisch.

Wie die so häufig auftretenden Fleisch- und Wurstvergiftungen mitunter entstehen, zeigte ein Fall, der gestern die zweite Ferienkammer des Landgerichts II beschäftigt. Angeklagt wegen wissenschaftlichen Verkaufes verdorbener und gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel war der Schlächtermeister Robert Gerth. — Am 7. Juli d. J. fand in der Dreißendstraße in Schöneberg ein Wochenmarkt statt. Bei einer Revision der Verkaufsstände erwiderte der Polizeiarzt Dr. Hildebrandt in dem Verkaufstand des jetzigen Angeklagten ein großes Stück Schweinefleisch, welches offenbar verdorben war. Das Fleisch wurde beschlagnahmt, da es sich in einem selbst für den Laien schon deutlich erkennbaren verdorbenen Zustande befand. Trotzdem hatte der Angeklagte, wie frische Schmitte bewiesen, schon Teile davon verkauft. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann ist der Genuß eines derartig verdorbenen Fleisches geeignet, schwere gesundheitliche Störungen, ja sogar tödliche Vergiftungen hervorzurufen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, da gegen derartig leichtfertige Händler mit Nahrungsmitteln mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden müsse. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat.

Aus aller Welt.

Mittelalterliches vom heutigen Tage.

Der bekannte russische Dramaturg Semjon Juschkewitsch wollte unlängst nach Moskau kommen, um mit mehreren Theaterunternehmern über die Aufführung seiner Werke zu unterhandeln und der Einstudierung eines neuen Werkes beizuwohnen. Nun hat

er aber als Jude nicht das Recht, in Moskau zu leben. Seine Freunde machten alle möglichen Bemühungen, um ihm wenigstens die Erlaubnis zu einem ganz kurzen Aufenthalt zu erwirken. Der Polizeichef fand es aber absolut nicht nötig, die erbetene Erlaubnis zu erteilen. Dabei sind die Moskauer Theater überfüllt, wenn ein Drama von Juschkewitsch gegeben wird, und auch der Polizeichef selbst verschmäht es keineswegs, von der ihm unentgeltlich zur Verfügung stehenden Loge Gebrauch zu machen.

Jahrelang war der berühmte russische Dichter Frug — der ebenso wie Juschkewitsch sehr unbedacht in der Wahl seiner Eltern war — in Petersburg als Hausdiener angestellt, nur auf diese Weise konnte er sich dort das Wohnrecht verschaffen.

In Saratow wird der Polizeibeamte Iwanow dem Gericht übergeben, weil er eine Baptistin mit der Peitsche geschlagen hatte, um sie — zum Uebertritt zur Orthodogie zu zwingen. Religiöse Propaganda nach echt russischem Muster! Außerdem ließ derselbe Beamte die Tochter eines Kaufmanns ärztlich untersuchen und der Sittenpolizei zustellen, weil sie sich weigerte, ihm willig zu sein.

Eine Schreckenszene im Varenkäfig.

Auf der Genter Weltausstellung hat sich in einer Menagerie am Sonntag ein schwerer Unglücksfall zugetragen. In der Menagerie Ostod führte der Dompteur Baron gegen 1/2 10 Uhr unter Mitwirkung eines jungen Mädchens sechs große russische Bären vor. Plötzlich stürzte sich eines der Tiere von hinten auf ihn, warf ihn nieder und verletzte ihn durch Bisse an der Kehle lebensgefährlich. Das junge Mädchen bearbeitete das Tier mit der Peitsche, worauf sich die Besitze von Baron abwandte und das Mädchen angriff, das durch Lagenhiebe ebenfalls erheblich verletzt wurde. Den Wärtern gelang es endlich mit Hilfe von Hunden, das Tier von dem Mädchen abzubringen und Baron sowie seine Gefährtin durch das Vorstehen eines Eisengitters von ihrem Angreifer und den anderen Tieren, die ebenfalls anfangen unruhig zu werden, zu isolieren. Des zahlreich erschienenen Publikums bemächtigte sich während dieser Vorgänge eine starke Erregung. Baron und seine Begleiterin wurden ins Krankenhaus gebracht. Während die Verletzungen des jungen Mädchens zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich sind, ist zu befürchten, daß der Verbündigte nicht mit dem Leben davonkommen dürfte.

Bryan als Akrobat?

Die Vereinigten Staaten haben wieder ihre Sensation, die alles andere in den Schatten stellt. Der Konflikt mit Mexiko, die Affäre Thaw, der Kampf Sulzers um den Gouverneurposten, alle Affären sind zu Kleinigkeiten zusammengeschrumpft vor der Aufregung, die der Entschluß des Staatssekretärs des auswärtigen Orban hervorgerufen hat, seine Einnahmen durch Auftreten in einem Varieté zu erhöhen. Wie telegraphisch gemeldet wird, ist die amerikanische Presse voll von Einzelheiten über diese Tat. Bryan erklärt, daß er sich genötigt sieht, sich eine „kleine Nebeneinnahme“ zu schaffen, da sein Gehalt, das er als Staatssekretär bezieht und das 50000 Mark beträgt, für seine Bedürfnisse nicht genügt. Er hat mit dem Manager eines Wanderzirkus einen Vertrag abgeschlossen und wird allabendlich zusammen mit Akrobaten, Feuerfestern und Degenkämpfern auftreten. Orban erhält für seine Mitwirkung die Kleinigkeit von 10000 Dollar pro Abend sowie die Reisekosten nach Washington zurückzuerstatten. Diese Kosten dürften allerdings nicht gering sein, da er jeden Morgen zur Erledigung der laufenden Geschäfte in Washington sein muß.

Eine Uebertragung dieser echt amerikanischen Spezialität auf Deutschland ist, auch wenn es sich nicht nur um eine Reklame des Zirkusdirektors handelt, nicht zu fürchten. Unsere Minister sind so begütet, daß ihnen der Gedanke nach solchem Nebenberuf nicht kommen wird. Sollte das auch wirklich einmal der Fall sein, so würde der Plan schon um deswillen zu Wasser werden, weil wir keinen wüßten, für dessen Schaustellung das Publikum sich in Unkosten fügen würde.

Kleine Notizen.

Die Katastrophe auf der Räderbahn. Von den bei dem Radrennen in Köln Verunglückten sind der Schrittmacher Guignards Lawson und der Rumpfaber Scheuermann gestorben. Auch das Befinden des Schrittmachers Reinhold Stegely ist ernst.

Schweres Unfälle in Oberhesslen. Vier Leute, die seit Mittwoch auf der Hedwigswunschgrube in Vorligewerl vermisst wurden, sind am Sonntag von einer Rettungsolonne auf einer alten Streda erstickt aufgefunden worden.

Gefährliche Explosion in der russischen Marine. Während einer Schießübung auf dem Torpedoboot Vostok Aus platzte ein 75-Zentimetergeschütz; zwei Mann wurden getötet, drei schwer verletzt.

Wieder ein Eisenbahnunglück. Auf der Streda Londonderry-Strabane ist ein Zug entgleist. Eine Person wurde getötet, zwölf wurden verletzt.

Größte Feuer in einem Parkkurort. Wie die Braunschweigische Landeszeitung berichtet, brach am Montagabend in dem Parkkurort Wildemann in dem Hause des Kaufmanns Ebert auf bisher noch nicht aufgeklärte Ursache ein Feuer aus, das in kurzer Zeit noch sechs andere, gleichfalls, wie das des Kaufmanns Ebert, neben der „Alten Post“ liegende Häuser ergriff und mit allen Nebengebäuden einscherte. Abgebrannt sind außer dem Anwesen des Kaufmanns Ebert noch die Häuser der Fimwohner Schluder, Bühring, zwei Häuser des Einwohners Brandt und das Haus des Einwohners Rosenthal. Zurzeit wütet das Feuer noch weiter.

Auf eigenartige Weise ums Leben gekommen. Als der Ingenieur Heinrich Adert von Bernigerode a. Harz mit seinem Automobil von einem Ausfluge zurückkehrte und auf der Chauffee einem ihm entgegenkommenden Fuhrwerk ausweichen wollte, richtete sich seine Gattin erschreckt im Automobil auf. Im Vorbeifahren rief er herabhängend der Frau den Kopf glatt ab.

Explosionsunglück. In der Lemberger pyrotechnischen Fabrik von Kufonowski fand am Montag eine Explosion statt. Ein Gehilfe wurde getötet, Kufonowski und ein anderer Gehilfe erlitten schwere Verletzungen. Zwei Knaben kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Fabrik gleicht einem Trümmerhaufen.

Unfall des „Zeppelin I“. Das während der Kaisermonarchie in Biegnitz stationierte Luftschiff „Z.I.“, das der kaiserlichen Armee zugeteilt wurde, verunglückte am Montag nachmittags bei seiner Rückkehr, indem es beim Landen zu sehr aufstiegt, wobei mehrere Streden zerbrachen. Ein Mann kam unter das Luftschiff zu liegen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Graf Zeppelin, der sich in der Führergondel befand, blieb unverletzt. Man hofft, das Luftschiff während der Nacht soweit bergustellen, daß es heute wieder aufsteigen kann.

Der zweite Flug Berlin-Paris. Der Flieger Reichelt ist am Montag in Paris im Departement Eure et Loir, 120 Kilometer hinter Paris gelandet. Er wird gegen Abend nach Paris zurückfliegen.

Die Fußballabteilung des Schöneberger Arbeiter-Turnvereins ladet hiermit alle Fußballfreunde zu einer heizigen, Dienstagabend, bei Döb, Martin-Luther-Strasse, stattfindenden Versammlung freundlichst ein.